

FRAU

aktiv

Das Magazin
für aktive Frauen
im Bezirk Rhein-Neckar

**Internationaler
Frauentag – 8. März**

**Krankenschwester
super bezahlt!**

Projekt der ver.di-Vertrauensleute

Pflege und Beruf

Ein persönlicher Erfahrungsbericht

**Wasser ist ein Men-
schenrecht**

Unterschriftenaktion

**Gretel von der
Schießbude**

Eine Frauenbiografie

**Sie nähen unsere
Kleidung....**



Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Rhein-Neckar

ver.di

Liebe Kolleginnen, liebe Leserinnen,

wir freuen uns, euch mit dieser extrastarken neuen Ausgabe von FRAU AKTIV im neuen Jahr begrüßen zu dürfen.

Extrastark nicht nur im Umfang – sondern unserer Meinung nach besonders im Inhalt. Eine bunte, interessante Themenmischung mit einigen Schmankerln. Wir danken auch den verdi-Vertrauensleuten im Mannheimer Universitätsklinikum für ihren Gastbeitrag.

2013 – das Jahr bringt uns bereits im ersten Drittel viel an Aktionen, politischen Aufregungen, Veranstaltungen... aber seht einfach nach im Heft.

Es bringt uns aber auch am 22. September eine Bundestagswahl – einen Politikwechsel, der diesen Namen verdient? Oder ein: Weiter so!?

Es liegt an uns, unseren Forderungen auch im Parlament Raum zu verschaffen. Sei es der Mindestlohn, sei es die Abschaffung der Rente erst ab 67 (es wird ja gerade getestet, wie die Rente ab 70 in der Bevölkerung zu verkaufen ist! Man muss nur lange genug die Zahl nennen, bis der Eindruck eines Konsenses entsteht!).

Aber auch die Themen soziale Energiewende, bezahlbarer Wohnraum, Intensivierung des sozialen

Wohnungsbaus, Verteilungsgerechtigkeit und das Ende des Demokratieabbaus müssen unsere Wahlprüfsteine sein. Und hier sind nur einige genannt!

Wir wünschen euch bei der Lektüre viel Spaß, nehmen Leserbriefe, Anregungen und Beschwerden gerne entgegen – und lernen daraus.

*Elli Brinkschulte
Samia Nagrassus
Doris Weibel*

Vorsitzende des Bezirksfrauenrats
ver.di Rhein-Neckar

INHALT

3 Internationaler Frauentag

Was ist los am 8. März?

4 Krankenschwester super bezahlt!

Ein Projekt der ver.di-Vertrauensleute an der Universitätsmedizin Mannheim

8 Pflege und Beruf

11 Dat is doch normal

12 Wasser ist ein Menschenrecht

Unterschriftenaktion

13 Die europäische Bürgerinitiative

14 Die Sozialsprechstunde

Ein Interview

15 Minijobs umwandeln statt Grenzen erhöhen!



16 Auswirkungen der Lohnlücken auf die Alterssicherung von Frauen

Die Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens

18 Gretel von der Schießbude

Eine Frauenbiografie

21 Interview

mit einer modernen, jungen Frau mit Migrationshintergrund

22 Sie nähren unsere Kleidung, sie produzieren für uns Lebensmittel, sie erfreuen uns mit Rosen, Tulpen, Nelken...

24 Glosse

25 Die Zukunft der Altenhilfe

Wie sollen Altenhilfe und Altenpflege in der Zukunft bei uns organisiert werden?

26 Buchempfehlung „In Transit“

von Helen Marvill-Steiner

27 Dann habe ich eben gejobbt

Oktavia Klassen im Gespräch mit Studentin Anja

IMPRESSUM

Herausgeber

 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
www.rhein-neckar.verdi.de
Hans-Böckler-Straße 1
68161 Mannheim

Für nicht namentlich gekennzeichnete Artikel ist die Redaktion verantwortlich. Kürzungen und Bearbeitung von Beiträgen sind vorbehalten. Der Inhalt gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

V.i.S.d.P.

Angelika Paqué
ver.di Rhein-Neckar
Hans-Böckler-Straße 1
68161 Mannheim
Telefon 06 21/15 03 60-490
angelika.paque@verdi.de

Die Redaktion übernimmt keinerlei Gewähr für Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die Redaktion, welche sich auf Schäden

Redaktion

Elli Brinkschulte
Angelika Paqué
Doris Weibel

materieller oder ideeller Art beziehen, die durch Nutzung oder unterlassene Nutzung der dargebotenen Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen, sofern seitens der Redaktion kein

Layout/Satz

project and design
Manuela Wilk
projectdesign@gmx.de
Fotos: ver.di, Angelika Paqué
Helmut Roos (copyright), fotolia

nachweislich vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verschulden vorliegt. Für den Inhalt externer Internetadressen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.



8 März – Internationaler Frauentag

Was ist los am Internationalen Frauentag am 8. März?

In Mannheim

Schon Tradition hat die Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses in Mannheim. Als Gastrednerin konnte Leni Breymaier gewonnen werden, Vorsitzende des Landesbezirkes Baden-Württemberg, ver.di.

Unter dem Motto „Männer gibt's ja reichlich“ gestaltet Barbara Kosarizuk den kabarettistisch-kulturellen Teil der Veranstaltung.

Wie (fast) immer sorgt Joachim Schäfer für die musikalische Umrahmung.

Wo?

Im Otto-Brenner-Saal des Mannheimer Gewerkschaftshauses, Eingang Neckarseite

Wann?

Am 8. März um 18 Uhr

Zum zweiten Mal wird am 8. März ab 15.30 Uhr der Paradeplatz zum „Platz der Frauen“

Mit Informationen, Tanz und Musik, Tee und Kaffee, kleinen Leckerbissen, einer Reise zu den Frauen der Welt, Solidaritätsaktionen und vielen Beiträgen mehr gestaltet das Offene Netzwerk Mannheimer Frauen diesen Tag. Es wird schön laut und bunt! Beteiligt sind die Frauen von: Courage, den Grünen, ver.di-Bezirksfrauenrat, der asf, dem Frauen- und Mädchennotruf, von DIDF und viele mehr.

In Heidelberg

Der DGB Kreisverband Heidelberg Rhein-Neckar lädt am 8. März um 19 Uhr

in die Geschäftsstelle der IG Metall in der Friedrich-Ebert-Anlage 2 ein.

Ab 19.30 Uhr referiert Anne Rieger, ehem. 2. Bevollmächtigte der IG Metall in Waiblingen und Landessprecherin des VVN Baden-Württemberg, über Rosa Luxemburg.

Was hat Rosa Luxemburg bewirkt? Was prägte sie? Warum war sie so gefährlich, dass sie 30 der 52 Monate, die der 1. Weltkrieg dauerte, im Gefängnis inhaftiert war? Warum und von wem wurde sie ermordet?

Anne Rieger versucht Antworten auf diese Fragen zu finden, die auch heute noch (oder gerade) für uns von großer Bedeutung sind.

Krankenschwester super bezahlt!

Ein Projekt der ver.di-Vertrauensleute an der Universitätsmedizin Mannheim

In Vorbereitung der Tarifrunde 2012 haben sich die Vertrauensleute an der Universitätsmedizin Mannheim (UMM) überlegt, wie man wohl die Krankenpflege mobilisieren kann. Uns war schon immer klar, dass die Krankenpflege im Vergleich zum Facharbeiter, sagen wir beim Benz auf dem Waldhof deutlich weniger verdient. Wir waren überrascht, sogar erschrocken, wie viel weniger es ist.

Wie man in der Tabelle (siehe Seite 6) leicht erkennen kann, beginnt bereits der Start ins Berufsleben unterschiedlich. Die Krankenschwester verdient ganztags beschäftigt im TVÖD als Berufsanfängerin über 500 Euro weniger im Monat als der genannte Facharbeiter. Im weiteren Arbeitsleben zeigt der Tarifvertrag für den Facharbeiter einen steilen Verlauf, von dem die Krankenschwester zeitlebens nur träumen kann.

Nach fünf Jahren im Beruf verdient der Facharbeiter bereits 1.000 Euro mehr im Monat als die Krankenschwester mit sechs Berufsjahren. Sie muss insgesamt 15 Jahre im Beruf arbeiten, um den Abstand auf etwa 800 Euro zu verringern. Im Funktionsdienst nach 15 Jahren, zum Beispiel in einer Notaufnahme liegt sie nur noch 700 Euro unter dem Gehalt des Facharbeiters. Das gleiche gelingt bereits nach 10 Jahren, wenn sie sich zur Fachkrankenschwester für Intensivmedizin weitergebildet hat.

Richtig gut hat es die Krankenschwester, die Stationsleitung oder Pflegelehrerin geworden ist. Ihr Abstand zum Facharbeiter beträgt

nur noch rund 300 Euro. Und erst, wenn unsere Krankenschwester zur Pflegedienstleitung aufgestiegen ist, überrundet sie unseren Facharbeiter deutlich. Wow!

Sie hat dann in der Regel einen etwa einjährigen Stationsleitungskurs absolviert, manchmal vorher bereits eine Fachweiterbildung von zwei Jahren (Intensiv, OP, etc.). Als sie Pflegedienstleistung wurde, hat



sie eine entsprechende Ausbildung gemacht. Viele noch nebenher eine betriebswirtschaftliche Weiterbildung von drei Jahren.

Sie hat dann in der Regel einen etwa einjährigen Stationsleitungskurs absolviert, manchmal vorher bereits eine Fachweiterbildung von zwei Jahren (Intensiv, OP, etc.). Als sie Pflegedienstleistung wurde, hat sie eine entsprechende Ausbildung gemacht. Viele noch nebenher eine betriebswirtschaftliche Weiterbildung von drei Jahren. Sie hat etwa 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu führen.

Haben wir übrigens schon erwähnt, dass der „Metaller“ in einer 35-Stunden-Woche arbeitet, während die Krankenschwester im kommunalen

Krankenhaus in Baden-Württemberg eine 39-Stunden-Woche hat?

Wir wollen die Tabelle zu den Zuschlägen nicht weiter kommentieren. Sie spricht für sich. Nur eins: der Samstagszuschlag ist kein Druckfehler! Die Krankenschwester bekommt für den Samstagsdienst den sagenhaften Betrag von 4,16 Euro*. Selbstverständlich nur im Spätdienst.

Also: woran liegt's?

Klar, die Gesundheitsreformen der letzten 20 Jahre haben derart den Kostendruck erhöht, dass dies bereits ein massiver Eingriff in die Tarifautonomie ist. Nur mit massivem politischem und gesellschaftlichem Druck gelang es den Krankenhausbeschäftigten 2008 in einer breiten Kampagne mit ver.di, dass ein Teil der Tarifierhöhungen von 2008/2009 finanziert wurden. Weiterer Erfolg war ein Programm,

durch das die Krankenhäuser etwas mehr Pflegepersonal einstellen konnten. Allerdings ging die Pflege schon damals auf dem Zahnfleisch.

Jetzt hopp: was tun?

Ist doch klar. Tarif gibt's nur aktiv! Die Krankenschwestern in Finnland haben übrigens auch mal eine interessante Variante von Tarifpolitik gebracht. Sie haben ihre Regierung vor einigen Jahren mit der Ankündigung unter Druck gesetzt, dass sie alle kündigen. Resultat waren Gehaltssteigerungen über 20 Prozent.

Geht's nicht etwas einfacher?

Schließlich wollen wir hinterher nicht den Job los sein. Logo: Tariffragen sind Machtfragen. Das müsste möglich sein, ihr Frauen**:

- Stolz sein auf den eigenen Beruf und die eigene Leistung
- Gewerkschaftsmitglied werden
- Bei Tarifrunden mitmachen
- Auch im Alltag sich nicht alles bieten lassen

Zwei Zahlen: die Kollegen Facharbeiter sind zu 80 bis 90 Prozent in der Gewerkschaft. Bei den Beschäftigten im Krankenhaus sind 20 Prozent ver.di-Mitglieder. Wenn's gut läuft.

In manchem kirchlichen Krankenhaus liegt der Organisationsgrad sozusagen im nicht messbaren

Bereich. Fragt sich noch jemand, ob das Auswirkungen hat? Auch auf die Arbeitsbedingungen?

Noch zwei Zahlen: die Kollegen beim Benz auf dem Waldhof, haben in ihrer Tarifrunde im Mai 2012 mal hurtig die Arbeit für einen Warnstreik niedergelegt – 3000 standen zusammen!

Wir verraten aus streiktaktischen Gründen unsere genauen Zahlen der warnstreikenden Klinikumsbeschäftigten aus dem letzten Jahr nicht. Nur soviel: es waren etwas weniger.

Also jammern?

Nein, aufhören mit jammern!

Warten, dass es jemand regelt?

Bis Du schwarz wirst. Nein!

Du musst was tun, wenn Du im Krankenhaus arbeitest! Mit uns und den anderen ver.di-Mitgliedern zusammen geht's!

Tarif gibt's nur aktiv!

*Für die Nachrechner: hier wird noch eine halbe Stunde Pause abgezogen. Logo.

**Gilt natürlich auch für die Männer in der Krankenpflege.

Die ver.di-Vertrauensleute an der UMM laden ein:

ver.di-Day

**am 15. März 2013, 10.30 bis 15 Uhr
vor dem Klinikum**

Vorbeikommen! Mitmachen! Mitglied werden!



Krankenschwester versus Facharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie

Vergleich der Gehaltsbestandteile für Vollzeitbeschäftigte:

Krankenschwester nach 3-jähriger Ausbildung im kommunalen öffentlichen Dienst Baden-Württemberg, 39-Stunden-Woche, Tarifvertrag TVöD, aktuelle Zahlen gültig seit Januar 2013, Quelle Gewerkschaft ver.di



Facharbeiter mit fachentsprechender 3 bis 3,5-jähriger Ausbildung in der Metallindustrie Baden-Württemberg, 35-Stunden-Woche, Tarifvertrag Metallindustrie Baden-Württemberg, aktuelle Zahlen gültig seit Mai 2012, Quellen: www.boeckler.de, WSI-Tarifarchiv und igmetall.de



Tarifliche Grundvergütung (Monatsverdienste, brutto):

Krankenschwester			Facharbeiter	
EG		Gehalt*		Gehalt*
10 a	Pflegedienstleitung mit z. T. bis zu 200 MitarbeiterInnen, nach insgesamt 10 Jahren	3.904 €	nach 5 Jahren	3.750 €
9c	Pflegelehrerin, nach insgesamt 10 Jahren	3.494 €		
9c	Stationsleitung mit mind. 48 MitarbeiterInnen, nach insgesamt 10 Jahren	3.494 €		
9a	Fachkrankenschwester auf Intensivstation, nach insgesamt 10 Jahren	3.073 €		
8a	z. B. Funktionsdienst, nach insgesamt 15 Jahren	3.073 €		
7a	nach 15 Jahren	2.940 €		
7a	nach 6 Jahren	2.709 €		
7a	Berufsanfänger/In	2.163 €	Berufsanfänger/In	2.712 €

* gerundet

Zuschläge:

	Krankenschwester	Facharbeiter
Überstunden/Mehrarbeit	30 %	25 % / 50 % (gestaffelt)
Samstagsarbeit	0,64 €/Stunde (von 13-21 Uhr)	50 % (ab 12 Uhr)
Sonntagsarbeit	25 %	50 %
Feiertagsarbeit	35 %	100 % / 150 % (z. B. Ostern)
Nachtarbeit	15 %	30 %

Ach so, wir wollten ja noch die guten Sachen erzählen.

Wir haben mit den Erkenntnissen zur Tarifrunde mobilisiert. Ergebnis war eine geile Streikparade am 09.03.12 mit sehr vielen Auszubildenden und Schülern aus dem Klinikum. Toll war natürlich auch, dass sich viele Azubis aus den Altenpflegeheimen und der Stadt Mannheim beteiligt haben. Unterstützt wurde das Ganze durch erfahrene Gewerkschafter, vor allem Erzieherinnen der Stadt.

Mit einem einfachen Handzettel haben wir die Bevölkerung über die Situation der Krankenschwestern informiert. Besonderen Eindruck hinterließ dabei der Zuschlag für Samstagdienste.

Toll war auch, dass ver.di auf einmal ein ganz junges Gesicht zeigte. Junge Leute und Gewerkschaft, das geht zusammen. Für viele Passanten in der Mannheimer Innenstadt war das offensichtlich überraschend. Die Berichterstattung war so groß und so positiv wie nie zuvor. Eine weitere Folge war, dass der Mannheimer

Morgen am Equal Pay Day 2012 einen Riesenartikel brachte: „Weniger Gehalt in Berufen mit vielen Frauen“ (MM, 23.03.12)

Das ist echte Motivation für uns, wenn die Kolleginnen den Hintern hoch kriegen. Deshalb machen wir weiter. Jetzt wird's wirklich zu einem Projekt. Wir wollen wissen:

- Wie ist denn der Vergleich von Tätigkeiten? Vor allem auch bei Führungskräften und Lehrerinnen?
- Wer ersetzt denn mittlerweile die Krankenschwester? Beispielsweise die Arzthelferin. Sie verdient noch weniger (Entgeltgruppe 3 = 1.850 Euro als Berufsanfängerin).
- Und wie ist das mit neuen „Berufen“, die es im BAT gar nicht gibt? Praxisanleiterinnen, Patientenanlegerinnen, operationstechnischen Assistentinnen, etc.
- Wie sieht der Vergleich bei anderen Frauenberufen im Krankenhaus aus: Medizinisch Technische Assistentinnen im Labor und in der Radiologie, Physiotherapeutinnen, etc.

Bessere Tarifverträge sind das Eine. Dringend notwendig sind aber auch gesellschaftliche Veränderungen. Die Tatsache, dass die Krankenschwester bzw. die Berufe im Gesundheitswesen überhaupt so viel schlechter bezahlt werden ist angesichts ihrer Verantwortung ein gesellschaftlicher Skandal!

Nichts gegen die Kollegen in der Metallindustrie oder anderen produzierenden Betrieben. Sie haben sich die besseren Tarifverträge erkämpft. Die Gesellschaft muss sich fragen, welchen Stellenwert Arbeit hat. Ist es so viel mehr wert, Autos zusammen zu bauen als Menschen gesund zu machen?

Wir werden diese Fragen stellen und damit für mehr Entgeltgleichheit kämpfen. Nächster Aufschlag: Frauentag und EqualPayDay 2013. Bundestagswahl 2013 sowieso!

Tarif gibt's nur aktiv!

*Marianne Gauweiler
Lonie Schillinger
Ralf Heller*

**equal
pay
day, -**

Schwerpunktthema 2013: „Lohnfindung in den Gesundheitsberufen – viel Dienst, wenig Verdienst“: Am 21. März, also vier Tage früher

als ursprünglich angesetzt, findet der Equal Pay Day in diesem Jahr statt. Der Grund für die Korrektur: Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes hat sich der Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern im Vergleich zum Vorjahr um ein Prozent verringert.

Die ganz überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten in den Gesundheitsberufen ist weiblichen Geschlechts. Ihre hohe fachliche und soziale Kompetenz findet keinen angemessenen Niederschlag in der Vergütung. Daran ändert auch der

bestehende und perspektivisch weiter anwachsende Fachkräftemangel in diesen Berufen bisher nichts. Mit der monetären Unterbewertung einer großen, überwiegend weiblich besetzten Berufsgruppe im sekundären Dienstleistungssektor lässt sich 1/5 der Lohnlücke von 22 Prozent erklären. Eine angemessene Höherbewertung trägt demnach nicht nur erheblich zur Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten, sondern auch zur Schließung dieser Lohnlücke bei. Diese Schließung ist unser wesentliches Ziel am Equal Pay Day.

Ein weiterer Grund ist, dass mit angemessener Bezahlung und attraktiven Arbeitsbedingungen in Zeiten des Fachkräftemangels erfolgreicher als bisher der zum Erhalt der bestehenden Infrastruktur dringend benötigte Nachwuchs angeworben werden kann. Eine gute und bezahlbare

Infrastruktur auch für kranke und betreuungsbedürftige alte Menschen ist wesentliche Voraussetzung für alle berufstätigen Frauen, die in Ausübung ihrer erlernten Berufe eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit und einen Aufstieg in die Führungsebenen anstreben.

Auch Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen profitieren von verbesserten Einkommensperspektiven für Frauen und Männer in Gesundheitsberufen: sie binden damit bewährte Fachkräfte an ihr Unternehmen.

Auch in Mannheim streben wir eine gemeinsame Aktion zum Equal Pay Day an – DGB-Kreisfrauenausschuss, ver.di-Bezirksfrauenrat, Offenes Netzwerk Mannheimer Frauen... und vielleicht werden wir auch noch mehr!

Berufstätig sein und Menschen pflegen – ein notwendiger Dauerstress?

Nur ein Drittel der offiziell Pflegebedürftigen mit Pflegestufe werden in Deutschland in stationären Pflegeheimen gepflegt, zwei Drittel dagegen im häuslichen Umfeld. In den Jahren 2001 bis 2008 stieg die Zahl der Personen, die sich an der Pflege von nahestehenden Erwachsenen beteiligten, um 35 Prozent an. Zuletzt waren das 4,16 Millionen Pflegendende.

Zirka 73 Prozent der Pflege wird durch Frauen, Mütter und Töchter übernommen. Frauen mit häuslicher Pflegearbeit kommen einschließlich Kindererziehung, Putzen und Kochen auf mindestens 5,5 Stunden zusätzliche Arbeit pro Tag im Vergleich zu Männern. Im Durchschnitt umfassen die Betreuungsleistungen im

Rahmen einer Pflegesituation rund 37 Stunden pro Woche. Dies entspricht einer Vollzeitstelle und zeigt, dass die Übernahme von Pflege keine Kleinigkeit ist. Der Zeitraum, während dessen eine Pflegtätigkeit rein statistisch gesehen anfällt, beträgt zirka 8,2 Jahre, in vier von fünf Fällen besteht die Pflegebedürftigkeit mindestens zwei Jahre und länger. Die Frage drängt sich auf, ob die häusliche Pflege den erwerbstätigen Frauen überhaupt zugemutet werden kann.

Beruf als wichtiger Ausgleich zu den Pflegeaufgaben

Anders als in der öffentlichen Diskussion meist dargestellt, möchte eine steigende Zahl von Pflegepersonen unter 65 Jahren weiterhin erwerbstätig bleiben. Die Pflegenden erleben die Pflege zwar als große Doppelbelastung, doch für die allermeisten ist der Beruf ein wichtiger Ausgleich zur psychisch und körperlich stark belastenden privaten Pflegetätigkeit. 2009 waren 54 Prozent aller Pflegenden im Erwerbsalter auch tatsächlich erwerbstätig. Für die Pflegenden ist

der Arbeitsbezug nicht nur wegen der Abwechslung eine wichtige Gesundheitsressource, sondern auch die Gepflegten nehmen die betriebliche Arbeitszeit als Norm an und akzeptieren die zeitliche Beschränkung von Pflege durch den Betrieb.

Es ist deshalb stärker als bisher notwendig, die Ausgleichsfunktion von beruflicher Tätigkeit zu erkennen und vielmehr Sorge zu tragen, dass der Betrieb bzw. die jeweilige Arbeitsstelle eine passgenaue Arbeitszeitgestaltung für Pflegepersonen ermöglicht. Bisher haben sich noch zu wenige Betriebe auf diese Tatsache eingestellt, denn es geben immer noch ein Viertel aller Pflegepersonen unter 65 Jahren ihre Erwerbstätigkeit auf oder schränken sie ein (2009: 23,4 Prozent). In Deutschland werden die Folgekosten für die Betriebe auf 19 Milliarden geschätzt, verursacht durch die Unvereinbarkeit von Arbeits- und Pflegezeiten.

Pflege zum wichtigen Aktionsfeld im Betrieb machen

Arbeitszeitangebote müssten im Bündel mit begleitenden Maßnahmen zusammen mit den Betroffenen ausgearbeitet werden. Ziel sollte sein, Pflege, Beruf, eigene Erholung und – wenn irgend möglich – grundlegende soziale und gesellschaftliche Teilhabe für die Pflegenden betrieblich zu vereinbaren. Dazu braucht es eine Verknüpfung von Veränderungen in den Bereichen betrieblicher Arbeitszeit, Arbeitsorganisation sowie einer Betriebskultur, die Pflege nicht nur als private Aufgabe sondern auch als gesellschaftlich notwendige Tätigkeit anerkennt und unterstützt.

Elemente einer pflege-sensiblen Arbeitszeit

Für die meisten Pflegenden ist Vollzeit oder Vollzeit plus Überstunden deutlich zu hoch. Eine „pflegegerechte Vollzeit“ wäre eine spezifische Form der Arbeitszeitreduzierung, für die ein finanzieller Ausgleich für die wegfallenden Arbeitsstunden erfolgen muss. Ein Zeitboni-System wäre denkbar als Gutschrift auf dem Arbeitszeitkonto der betroffenen Beschäftigten. Es muss also darauf



geachtet werden, dass der Stundenumfang der pflegebedingten Teilzeit ein längerfristig existenzsicherndes Einkommen gewährleistet. Außerdem muss die Reduzierung der Arbeitszeit von vorneherein befristet sein.

Gleichzeitig muss die Arbeitszeit planbar sein. Pflegenden müssen ganz besonders geschützt werden vor betrieblichen Flexibilitätsanforderungen. Alle betrieblichen Arbeitszeitwünsche, die kurzfristig das Grundmuster stören – wie nicht angekündigte Überstunden oder kurz-

fristiger Schichtwechsel – bringen die Pflegenden in große Bedrängnis und Nöte. Zur Regeneration sind ein regelmäßiger Feierabend und freie Wochenenden unabdingbar.

Ergänzend zum Grundmuster sind Arbeitszeitkonten hilfreich, die gezielt Ausnahmen ausgleichen können. Gleitzeit mit Befreiung von der Kernarbeitszeit sind Arbeitszeitformen, die gut passen. Entscheidend ist vor allem die Selbstbestimmung über das Arbeitszeitkonto. Denn so können auch eventuell notwendige

Arbeitsunterbrechungen im Tagesverlauf oder eine befristete Reduzierung der Arbeitszeit ermöglicht werden.

Ebenso muss es möglich sein, dass – z.B. im Fall von Sterbebegleitung – eine tageweise oder einen längeren Zeitabschnitt betreffende Freistellung erfolgen kann. Die Erfahrung zeigt, dass es sowohl spontane Möglichkeiten der Freistellung geben muss, wenn der Pflegeverlauf dies erfordert, als auch eine generelle Planbarkeit von Seiten der Pflegenden.

Inwiefern auch Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung im Hinblick auf die Anforderungen eines modernen Arbeits- und Gesundheitsschutzes

besonders zur Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung von Pflegenden in den Blick genommen werden muss, sollte Gegenstand betrieblicher Diskussion und Vereinbarung sein.

Fazit: Das Thema „Pflege“ macht deutlich, in welche Richtung die Personalpolitik in den Betrieben und Dienststellen in Zukunft gehen muss. Die Zahl der Beschäftigten wird ansteigen, die im privaten Umfeld Pflegeverantwortung tragen und die gleichzeitig berufliche Interessen verfolgen. Eine gute Balance von betrieblichen Vereinbarungen und situationsgerechten Lösungen ist machbar und gestaltbar.

Anna Barbara Dell

(Literatur: Gute Arbeit 9/2012, BUND-Verlag)



Pflege und Beruf

Ein persönlicher Erfahrungsbericht

Als ich bei der Planung dieser Ausgabe der „Frau Aktiv“ zugesagt habe, einen Artikel über meine persönlichen Erfahrungen zum Thema Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu schreiben, dachte ich: „Naja da schreib ich mal ein bisschen was, Erfahrungen habe ich ja bei der häuslichen Pflege meiner an Demenz erkrankten Mutter genug gesammelt“.

Je länger ich aber darüber nachdenke, umso schwieriger erscheint es mir angesichts der Komplexität dieses Themas einen kurzen Artikel zu schreiben; eigentlich müsste es ein Buch werden.

Bei meiner Mutter wurde nach einem Sturz

und dem dadurch resultierenden Krankenhausaufenthalt ganz plötzlich klar, dass Sie nicht mehr alleine zuhause leben konnte. Natürlich gab es auch vorher schon Anzeichen ihrer beginnenden Demenz, die ich aber wie viele Andere auch als normale Erscheinungen des Alters abgetan hatte. Das Ausmaß ihrer Erkrankung hatte meine Mutter, solange sie in ihrem gewohnten Umfeld war, erstaunlich gut verbergen können. Für mich völlig überraschend stand ich also vor der Frage wie es weitergehen soll.

Meine Berufstätigkeit konnte und wollte ich nicht aufgeben, wovon hätte ich leben sollen? Also habe ich mich nach einer osteuropäischen Haushaltshilfe umgesehen. Diese Entscheidung ist mir als engagierte Gewerkschafterin nicht gerade leicht gefallen, aber was wäre die Alternative gewesen? Meine Mutter in ein Pflegeheim geben? Das schien mir, zumindest solange sie noch über ein gewisses Maß an zeitlicher und örtlicher Orientierung verfügte, völlig unmöglich. Ambulante Pflegedienste leisten das, was ihr Name auch sagt: Dienste im Pflegebereich. Wir aber brauchten etwas ganz anderes, nämlich jemand der für meine Mutter kochte, einkaufte und während meiner Abwesenheit darauf achtete, dass sie keinen groben Unfug anstellt. Ohne meine Hilfen aus Osteuropa wäre eine Betreuung zuhause nicht möglich gewesen. Zu uns kamen zwei Frauen, (jeweils alle 10 Wochen im Wechsel) die

den Haushalt erledigten und sich mehr als liebevoll um meine Mutter gekümmert haben. Da sich im Laufe der Zeit fast alle Freunde und Verwandten zurückgezogen hatten, waren diese Frauen, neben mir, die einzigen sozialen Kontakte, die meiner Mutter geblieben waren.

Das Führen des Haushalts lastete also nicht auf meinen Schultern, aber auch so blieb noch genug übrig: Körperpflege, Arztbesuche, zeitraubende Auseinandersetzungen mit der Krankenkasse, Krankenhausaufenthalte und und und.....

Zu Beginn ihrer Erkrankung ist meine Mutter noch immer alleine einkaufen gegangen. Nun

ja, das was sie eingekauft hat, war nicht wirklich das, was gebraucht wurde (z. B. einmal eine große Einkaufstüte randvoll mit Süßigkeiten), aber ich wollte ihre Bewegungsfreiheit nicht mehr als unbedingt nötig einschränken. Da sie in unserem Ort in den meisten von ihr frequentierten Geschäften bekannt war, war es auch kein Problem, wenn sie kein Geld dabei hatte und öfter mal anschreiben lies. Während dieser Zeit musste ich also mindestens einmal pro Woche meine Runde machen um zu erfragen, wo es offene Rechnungen gab und diese begleichen.

Eine besondere Herausforderung waren die Aufenthalte meiner Mutter im Krankenhaus, da keine der Kliniken, in denen sie während ihrer Pflegebedürftigkeit war, das entsprechende Personal hatte um den erhöhten Pflegeaufwand, den Patienten mit Demenz verursachen, leisten zu können. Was einmal dazu führte, dass meine unbeaufsichtigte Mutter, die noch sehr mobil aber eben verwirrt war, nur mit Nacht-

hemd und Hausschuhen bekleidet mitten im Januar aus dem Krankenhaus verschwand und durch die Strassen wanderte. Man mag es vielleicht nicht glauben, aber auch völlig verwirrte Menschen sind noch in der Lage einen Notausgang zu öffnen. In der späteren Phase musste sie auch gefüttert werden, da sie alleine nicht mehr essen wollte oder konnte, auch das war natürlich durch das Krankenpflegepersonal nicht zu leisten. Ein Mittagessen konnte durchaus schon mal eine Stunde oder länger in Anspruch nehmen. Also mussten entweder ich oder meine Haushaltshilfe während der Essenszeiten vor Ort sein, sie füttern und ihr Getränke



geben, da sie sonst nichts zu sich genommen hätte.

Auch die Kommunikation mit den behandelnden Ärzten war oft mehr als schwierig und vor allem zeitaufwendig. Es gab in keinem der Krankenhäuser ein Konzept für den Umgang mit betreuungsbedürftigen Patienten, die aufgrund ihrer Demenz nicht mehr selbst in der Lage sind, über ihre Behandlung zu entscheiden.

Wer jemals einen dementen Angehörigen betreut hat kann sicher bestätigen, dass die fortschreitende Erkrankung die Pflegenden immer wieder vor neue und oftmals überraschende Herausforderungen stellt. Rückblickend kann ich daher sagen: häusliche Pflege ist, insbe-

sondere bei Demenzerkrankungen nicht bzw. kaum planbar. Daher ist eine der wichtigsten Voraussetzungen aus meiner Sicht eine größtmögliche Flexibilisierung der Arbeitszeit für diejenigen Beschäftigten, die eine Pflege übernommen haben. Eine Auszeit für die Pflegetätigkeit muss vor allen Dingen auch kurzfristig möglich sein.

Bei meiner Mutter ist beispielsweise zu Beginn ihrer Demenz zusätzlich eine Altersepilepsie aufgetreten. Da die Anfälle ohne jede Vorwarnung auftraten, musste ich mehrfach während der Arbeitszeit alles stehen und liegen lassen und nach Hause fahren, es waren mehrere Kranken-

hausaufenthalte nötig, bis letztlich eine Diagnose gestellt und eine entsprechende medikamentöse Behandlung veranlasst werden konnte.

Glücklicherweise war dies an meinem Arbeitsplatz machbar und wurde auch von den Kolleginnen und Kollegen mitgetragen.

Die Betreuung von dementen Angehörigen ist auf jeden Fall eine immense Belastung und die Situation der Pflegenden erfordert viel Verständnis, sowohl von den Arbeitgebern als auch vom direkten Umfeld am Arbeitsplatz.

Was bisher an gesetzlichen Regelungen geschaffen wurde, halte ich aus meiner persönlichen Erfahrung heraus für ziemlich lebensfremd.

Angesichts der Tatsache, dass die durchschnittliche Dauer der Pflegezeit bei rund 8 Jahren liegt, sind die Möglichkeiten, die das Pflegezeitgesetz oder auch das Familienpflegezeitgesetz bieten, völlig unzureichend.

Autorin ist der Redaktion bekannt

Dat is doch normal

Wenn's plötzlich am helllichten Tage passiert, dass ein Fremder einem Fremden die Fresse poliert, wenn ein Mensch seine ganze Familie erschlägt und sie dann in seinem Hobbykeller zersägt, wenn einer ganz blöd auf die Schnauze fällt, ein anderer das filmt und ins Internet stellt, wenn tags drauf hunderttausende die Szene anklicken, Kopien an all ihre Freunde verschicken, wenn der Mann nebenan seine Frau und Kinder verprügelt, die Nachbarin seelenruhig Handtücher bügelt, wenn der Hauswart im Flur Lavendel versprüht, weil ein Hauch von Verwesung durchs Treppenhaus zieht.

Wenn's keiner mehr hört, wenn's keiner mehr sieht, weil's keinen mehr stört was auch immer geschieht, weil der eine dem anderen völlig egal, dann ist das alles in allem völlig normal.

Wenn die Reichsten den Ärmsten Kredite geben – zum Sterben zu viel, zu wenig zum Leben, wenn sie dann, kurz bevor diese Ärmsten verrecken, ganz schnell noch die Pfändungsbescheide vollstrecken, wenn die Schleuser und Schlepper die Hoffnung verkaufen, die Käufer in schwimmenden Särgen ersaufen, wenn die Mörder ihr Gewissen in Brieftaschen tragen, in Hochsicherheitstrakten mit Selbstschussanlagen.

Wenn die Räuber und Diebe dann endlich verschwinden, weil sie nirgends mehr etwas Verwertbares finden, wenn dann keiner die Taten der Täter beklagt und schon gar keiner mehr nach den Opfern fragt, weil sie keiner mehr hört, weil sie keiner mehr sieht, weil's keinen mehr stört was auch immer geschieht, weil der eine dem anderen einfach nur noch egal – dann ist das alles in allem völlig normal.

Normal ist, wenn beim Verfassungsschutz wieder einmal keiner wusste, was er wusste, als er eigentlich wissen musste, was alle wissen konnten, aber keiner wissen wollte und dementsprechend auch keiner gewusst haben will.

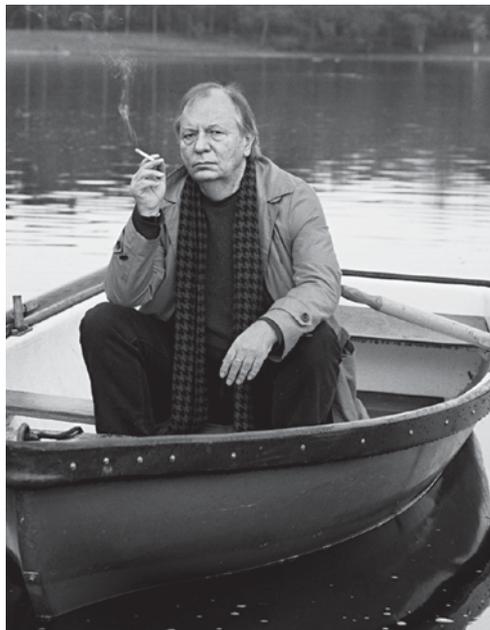
Normal ist, wenn 70 % der Bevölkerung fordern, man müsse einen

Vergewaltiger zur Strafe mal so richtig vergewaltigen.

Normal ist, dass junge Mütter die Abfalleimer auf den Bahnhofsklos als Babyklappe nutzen. Normal ist, wenn Rentner sich am Monatsende mit ihrem kleinen Liebling das Hundefutter teilen.

Normal ist, dass es in diesem Land 500.000 Väter gibt, die sagen: Unterhalt? Nein! Ich würde von meinen Kindern nichts nehmen.

Normal ist, dass ein neoliberaler Rotzlöffel wie Philipp Rösler, der noch keine Sozialwohnung von innen gesehen hat, vom mitfühlenden Liberalismus schwadroniert.



Normal ist, dass sich eine frauenpolitisch komplett unterbelichtete Truttsche wie Kristina Schröder mit den Erkenntnissen der Frauenbewegung den Hintern abwischt und nix Besseres zu tun hat als eine Extraprämie für die bravste Mutti am heimischen Herd auszuloben.

Normal ist, dass es in Deutschland 7,3 Millionen Niedriglöhner gibt, also Menschen mit einem Stundenlohn von 7,18 € und deutlich weniger.

Normal ist, dass hier bei uns im Land der sozialen Gerechtigkeit und des immerwährenden inneren Friedens 10 % der Bevölkerung 61 % des Volksvermögens besitzen, dass 7 Millionen Menschen von Hartz IV

leben, davon zwei Millionen Kinder und Jugendliche.

Dass es in Deutschland keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt, dass es in den Städten keinen halbwegs bezahlbaren Wohnraum mehr gibt, dass ein Staat, der sich Sozialstaat nennt, seine wichtigsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Kranken- und Altenpfleger, die Kindergärtner, Sozialarbeiterinnen und Streetworker, so erbärmlich bezahlt, dass diese Leute nicht einmal in ordentlichen Urlaub fahren können.

Normal ist, wenn der Chefvolkswirt der Deutschen Bank sagt: ich frag mich immer, warum man junge Menschen, die Familie haben, mit 6 Wochen Urlaub beglückt, wenn sie nicht mal das Geld haben für eine Woche.

Normal ist, wenn der letzte wirklich große Deutsche, Lothar Matthäus, sagt: wir dürfen den Sand jetzt nicht in den Kopf stecken.

Denn normal ist das so üblich, normal läuft das nach Plan, normal ist das betrüblich, normal kräht da kein Hahn.

Normal geht das hier rein und da gleich wieder raus, normal muss das wohl sein, normal sieht das so aus. Normal ist das doch letztlich normal nicht ungesetzlich. Normal ist das zwar schlecht, doch normal ist er im Recht, normal ist das gerissen, normal sind da so Tricks, normal wirst du beschissen, doch normal machst du da nix. Normal hört man da weg, normal ist das bequem, denn normal ist dieser Dreck doch normal nicht dein Problem.

Normal gibt's am Ende für keinen was zu lachen. Und deshalb sollten wir uns langsam aber sicher mal den einen oder anderen ernsthaften Gedanken um die Zukunft machen.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Wilfried Schmickler.

Die Autorenrechte und das Copyright unterliegen ausschließlich dem Autor
siehe auch:

<http://www.youtube.com/watch?v=vaaScOf9Mw>

Unterschriftensammlung zum Bürgerbegehren

„Wasser ist ein Menschenrecht“ – Zugang zu sauberem Trinkwasser

Sauberes Trinkwasser ist nicht überall selbstverständlich. Eine Milliarde Menschen weltweit müssen ihren Durst mit schmutzigem Wasser löschen. Der Zugang zu Trinkwasser ist nach einem Beschluss der UN-Vollversammlung vom Oktober 2010 ein Menschenrecht, 122 Staaten, darunter Deutschland, befürworteten die Resolution. 17 EU-Länder haben sich dabei der Stimme enthalten. Einklagbar ist der Anspruch jedoch nicht. Darum passiert auf EU-Ebene de facto erst einmal nichts.

Seit dem 1. April 2012 gibt es die Möglichkeit, europäische Bürgerinitiativen bei der EU-Kommission anzumelden - und gleich am 2. April lag dort der erste Antrag auf dem Tisch.

Seine Ziele:

- Wasser und sanitäre Grundversorgung als Garantie für alle Menschen in Europa.
- Keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft.
- Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung für alle Menschen weltweit.

Hinter dem Antrag stehen Gewerkschaften aus 25 Ländern, die Beschäftigte aus dem Bereich öffentlicher Dienstleistungen organisieren, und ihr Dachverband, der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD). Zu diesen Gewerkschaften gehört auch ver.di.

Bis zum Sommer 2013 müssen mindestens eine Million Unterstützer-Unterschriften gesammelt werden – auch online möglich (www.right2water.eu/de). Gelingt das, muss sich die Europäische Kommission mit dem Anliegen befassen und kann einen entsprechenden Gesetzesvorschlag erarbeiten. Lehnt sie das ab, muss sie das detailliert begründen.

In armen Gegenden investiert kein privatwirtschaftliches Unternehmen. Erklärtes Ziel von Konzernen wie

Veolia und Suez aus Frankreich oder der britischen Firma Thames Water, zwischenzeitlich von RWE geschluckt und jetzt einem australischen Investmentfonds gehörend, ist Profit. Vor allem in den 1990er Jahren gingen die weltweit agierenden Wasserunternehmen deshalb auf Einkaufstour. Viele bis dahin öffentliche Versorger wurden verkauft – in Drittweltländern nicht selten auf Druck von Weltbank und IWF. „Sie haben

Kredite an die Bedingung geknüpft, dass die Wasserversorgung privatisiert wird“, empört sich die Kanadierin Maude Barlow, alternative Nobelpreisträgerin und Gründerin der Menschenrechtsorganisation „Blue Planet Project“ gegenüber der Bundeszentrale für politische Bildung. Ihre Organisation hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die UNO das Menschenrecht auf Wasser verabschiedet hat. „Wir brauchen Wasser, um zu leben. Es ist etwas anderes als Laufschuhe oder Softdrinks. Und deshalb darf man es nicht wie eine Ware verkaufen“, argumentiert Barlow.

Auch in Industrieländern gelang es den Wasserversorgern, die Mär zu verbreiten, dass sie billiger und besser arbeiten als staatliche Firmen. Tatsächlich lassen sich mit Wasser nur dann deutliche Gewinne erwirtschaften, wenn den Kunden hohe Preise abverlangt oder an der Pflege der Infrastruktur gespart wird. So zum Beispiel in Berlin: Dort hatte RWE und Veolia im Jahre 1999 für

1,68 Mrd. Euro 49,9 Prozent der Anteile der Wasserbetriebe übernommen – mit der Folge, dass seither die Preise für Trink- und Abwasser um über 35 Prozent gestiegen sind. „Die privaten Anteilseigner pumpen seitdem jährlich mehrere 100 Millionen Euro Gewinn aus den Taschen der Berliner Verbraucher. Das ist ihnen nach wie vor vertraglich garantiert.“ (FR. 25.01.2013, S. 3). Am 24. Januar 2013 beschloss der Binnenmarkt-

ausschuss des Europaparlaments eine Richtlinie, die vorsieht, dass der Wassermarkt kommunaler Betriebe bis spätestens 2020 unter bestimmten Voraussetzungen für private Anbieter geöffnet werden muss. Das heißt, dass kommunale Wasserbetriebe ihre Konzessionen künftig europaweit ausschreiben müssen, wenn

sie mehr als 80 Prozent ihres Umsatzes außerhalb ihrer Heimatstadt erzielen. Eigenbetriebe von Städten und Gemeinden, die zu 100 Prozent im Besitz der Kommunen sind, sind von dieser Regelung ausgenommen. Mannheim wird nicht durch diese Richtlinie tangiert.

Wie kaum ein anderes Gut ist eine zuverlässige Wasserversorgung auf Weitsicht und langfristige Vorsorge angewiesen. Das beginnt damit, Bauern in Grundwassereinzugsgebieten davon abzuhalten, bestimmte Pestizide einzusetzen - auch wenn die sich erst Jahre oder sogar Jahrzehnte später im Trinkwasser ansammeln würden. Auch ins Rohrsystem



**WASSER
IST
MENSCHEN-
RECHT!**

Europäisches
Bürgerbegehren

muss regelmäßig investiert werden. Hier auf Verschleiß zu fahren, ist für ein Unternehmen, das möglichst schnell viel Geld abschöpfen will, sehr verführerisch: Schließlich halten die großen Wasserleitungen durchschnittlich 50 Jahre. Wird hier eine Weile lang geschlampt, stauen sich die Reparaturkosten auf, außerdem ist mit zunehmenden Wasserverlust zu rechnen. In Frankreich versickert heute bereits mehr als ein Viertel des aufbereiteten Trinkwassers im Boden, in Deutschland sind es bisher nur sieben Prozent. Außerdem haben die französischen

Wasserkonzerne gerichtlich durchgesetzt, dass sie nicht für den Gewässerschutz verantwortlich sind. Der Chlorgeschmack des französischen Leitungswassers ist sprichwörtlich.

Dass das von der UNO verabschiedete Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser heute nicht einmal in Europa für alle gilt, liegt allerdings nicht nur an Privatfirmen, sondern auch an politischen Entscheidungen. In Südslowenien sind Roma beispielsweise gezwungen, das Wasser aus Flüssen zu nutzen, weil sie weder Grundstücke besitzen noch einen

Mietvertrag vorweisen können - das aber ist im slowenischen Recht die Voraussetzung für den Zugang zum Trinkwassersystem. Zwei Millionen EU-Bewohnern wird heute ihr Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser vorenthalten, schätzen die europäischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Auch dagegen richtet sich ihre Unterschriftenaktion.

Mehr Informationen dazu unter www.wasser.verdi.de und www.wasser-ist-menschenrecht.de und verdi-public, Ausgabe 03/2012

Irmgard Rother

Kurz und knapp

Die europäische Bürgerinitiative

auch europäisches Bürgerbegehren genannt, ist am 1. April 2012 in Kraft getreten.

Damit soll die Unionsbürgerschaft gestärkt werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, sich über eine europäische Bürgerinitiative am demokratischen Leben der EU zu beteiligen.

Die Verordnung (EU) Nr. 211/2010 ermöglicht, dass sich eine Million EU-Bürgerinnen und -Bürger unmittelbar an der Entwicklung von Strategien der EU beteiligen, indem sie die Europäische Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen.

Um eine europäische Bürgerinitiative starten zu können, muss zuerst ein Bürgerausschuss gebildet werden. Dieser Ausschuss muss aus mindestens sieben BürgerInnen bestehen, die aus sieben verschiedenen EU Ländern sind und das Recht haben, bei Europäischen Parlamentswahlen wählen zu dürfen. Dann geht's los mit der Registrierung der geplanten Bürgerinitiative.

Binnen zwei Monaten nach Eingang der von der Kommission benötigten Informationen wird die Initiative unter einer Identifikationsnummer

registriert, der Bürgerausschuss erhält eine Bestätigung.

Die Initiative kann dann mit der Sammlung von Unterschriften in schriftlicher Form und online beginnen und zwar maximal 12 Monate lang. Unterzeichnen müssen mindestens eine Million Bürgerinnen und Bürger insgesamt, davon eine Mindestanzahl in mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten. Für Deutschland liegt die Mindestanzahl von Unterschriften bei 74.250.

Welche Angaben die Unterzeichner in den Formularen machen müssen, hängt davon ab, welchem Mitgliedstaat sie angehören. Die jeweiligen Vorschriften müssen

streng eingehalten werden. Daher bitte die Vorgaben beachten.

Quelle:

Amtsblatt der Europäischen Union L 65/1 vom 11.03.2011 und <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome>



Die Sozialsprech- stunde

Der Bezirksfrauenrat hat in früheren Diskussionen schon oft festgestellt, dass gerade viele Frauen sich scheuen oder sich nicht in der Lage sehen (aus den unterschiedlichsten Gründen), die ihnen zustehenden Hilfen zum Lebensunterhalt in Anspruch zu nehmen oder schlichtweg mit der Daseinsorge für sich oder ihre Familien überfordert sind.

Gerd, du bietest für die Linkspartei eine Sozialsprechstunde an. Mit welchen Problemen wirst du am häufigsten konfrontiert?

Das ist ein ganzer Strauß, das hätte ich zu Beginn der Sprechstunden nicht erwartet – von der Hilfe bei der Wohnungssuche über die Hilfestellung beim Ausfüllen von Anträgen bis zur Begleitung zu Ämtern oder Behörden und alles andere denkbare dazwischen.

Natürlich kommen zu deinen Sprechstunden nicht nur Frauen

Stimmt, aber schon zu etwa 75 Prozent und davon wiederum mehrheitlich Frauen mit Migrationshintergrund mit ihren ganz speziellen Problemen.

Welche?

Viele der Frauen haben neben ihren eigenen Problemen, (z. B. muss da ein Antrag zur Feststellung des Grads der Schwerbehinderung gestellt werden oder ein Antrag zum Mehrbedarf im Falle einer Trennung vom Partner und eigener Wohnung), die bürokratischen oder formalen Angelegenheiten der ganzen Familie zu stemmen – und das oft ohne ausreichende Sprachkenntnisse. Und dann spielt bei Migrantinnen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, oft die Angst vor Abschiebung eine Rolle. Ob die Angst begründet ist oder nicht ... bloß nicht den Behörden auffallen!

Das führt dann oft dazu, dass diese Dinge nicht gemacht werden, weil man/frau sich nicht bei Ämtern oder Behörden durchsetzen oder einfach

durchfragen kann. Und weil man von Pontius zu Pilatus muss und das Ganze nicht durchschaut. Da biete ich dann meine Hilfe an – auch zur Begleitung oder Unterstützung oder quasi als Zeuge. Sie fühlen sich dann nicht mehr so sehr als Bittstellerinnen.

Du sagst, diese Dinge werden oft nicht gemacht....

Naja, nimm dir mal einen Antrag zum Wohngeld zur Hand, lies ihn durch und versuche, ihn auszufüllen und stopp die Zeit. Und unterstreiche, was du nicht wirklich verstehst. Und dann versetze dich in die Lage einer Nicht-Muttersprachlerin.... da kommst du dann ganz schnell zum Schluss: „Na, dann halt kein Wohngeld, dann keine Neufeststellung des Schwerbehindertengrads. Das schaff ich nicht.“

Es ist oft ganz simpel: ein eigentlich bekanntes Wort wird im Zusammenhang mit dem Antragstext zur Hürde oder ein Antrag zum ALG II, besser bekannt als Hartz IV. Da bist du schnell bei 12 Seiten Antragstext und das ist dann erst der Anfang deiner „Hartz IV-Karriere“. Mach beim Ausfüllen bloß keine Fehler – die werden dir so schnell nicht verzeihen! Und bei allen Anträgen die klein gedruckten Hinweise, die vor §-Zeichen wimmeln! Und du nicht weißt, ob die nun für deine Sache relevant sind oder eher nicht.

Wenn es bei mir so weit kommen sollte, brauche ich deine Sprechstunde. Hast du auch mit „Hartz IV-Opfern“ zu tun?

Klar. Menschen werden sanktioniert wegen angeblicher Nichteinhaltung von Terminen, 30 Prozent weniger Leistung bis ganz nach unten, wo dann nur noch Lebensmittelscheine ausgegeben werden. Zugegeben: meistens sind allein stehende Männer davon betroffen, Frauen scheinen da verantwortungsvoller umzugehen. Und was die Nichteinhaltung von Terminen betrifft: da steht auf dem Briefbogen der 12. Januar, der Termin ist am 17. Tatsächlich kam der Brief aber erst genau an diesem Tag an! Das ist gar nicht selten. Da leiste ich dann Hilfestellung beim Formulieren von Widersprüchen

oder empfehle ihnen einen Anwalt. Rechtsberatung darf ich ja nicht, will ich auch nicht. Aber ihnen sagen, dass sie beim Amtsgericht einen Be-raterschein zur kostenlosen Beratung kriegen.

Welchen Menschen begegnest du in der Sprechstunde?

Manchmal ganz schlimmen Fällen. Oft total zermürbt und psychisch ausgehöhlt und dadurch immer weniger in der Lage, für sich zu kämpfen. Und dann beginnt die Abwärtsspirale... wohin sie sich auch wenden, es tauchen neue Schwierigkeiten, neue Hürden auf. Und immer als BittstellerIn unterwegs! Was die Mehrheit der Frauen betrifft, so sind sie alleinerziehend oder in der Trennungsphase und fühlen sich somit sehr allein gelassen. Ein großes Problem sind auch die Verschuldungsfällen. Oder Nebenkostennachzahlungen können nicht beglichen werden oder da geht eine Waschmaschine, ein Herd kaputt.

Oder der alten Dame, die aus dem Haus in der Innenstadt, in dem sie seit 30 Jahren lebt, hinaus gemobbt werden soll. Der neue Hausbesitzer will die Wohnungen renovieren und dann teurer vermieten. Die alte Dame, sie ist 83 Jahre alt, soll raus. Könnte ja sowieso ins Pflegeheim. Dann wird ihr mal das Wasser abgedreht, mal der Strom. Sie ist noch in jeder Hinsicht fit, kommt mit ihrer Rente aus, aber ein Anwalt? Zu teuer!

Und warum kommen die Menschen zu dir? Warum lassen sie sich nicht auf den Ämtern beraten?

Na, weil ich halt kein Amt bin! Ich kann mir mehr Zeit für sie nehmen, sie können mehrmals kommen und nachfragen. Und sie können weiter ausholen, um ihre Situation zu schildern. Und du würdest feststellen, dass ihre jetzige, oft desolante Situation ihren Ursprung schon sehr viel früher hat. Da hat sich oft viel aufgestaut, was sich oft durch Tränen äußert und der, rhetorischen, Frage: „Das ist doch ungerecht, oder? So was darf es doch eigentlich nicht geben?“

Das Interview führte Elli Brinkschulte

Minijobs umwandeln statt Grenze erhöhen!

Die Regierungskoalition verkauft ihre Erhöhung der Grenze zum Minijob auf 450 € als Verbesserung.

„Unverschämtheit, hier von einer Verbesserung zu sprechen.“ sagt Barbara Henke, Vorsitzende des ver.di-Bundesfrauenrates.

„Arm trotz Arbeit“ trifft es wohl besser! Die Erhöhung der Grenze für Minijobs von 400 auf 450 Euro geht an den eigentlichen Problemen vorbei: unterhalb dieser Einkommensgrenze weitet sich die prekäre Beschäftigung und der Niedriglohnbereich immer mehr aus. Über 70 Prozent der Minijobberinnen und Minijobber sind Frauen. Viele von ihnen haben diesen Minijob als einzige Verdienstquelle. Damit müssen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten. Ohne zeitliche Begrenzung, unter schlechteren Arbeitsbedingungen und zu einem Lohn weit unter dem einer/s „Normalbeschäftigten“ grenzt das an Ausbeutung!

Im dem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten zum 1. Gleichstellungsbericht benennen die Sachverständigen Minijobs als eines der zentralen Probleme bei der Gleichstellung.

Und was macht dieselbe Regierung? Weitet diese Beschäftigungsform sogar noch aus!

Karin Schwendler, ver.di-Bereichsleiterin Frauen- und Gleichstellungspolitik: „Die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse unabhängig von der Stundenanzahl und dem Lohnniveau, das wäre nur fair! Dafür braucht es aber andere gesetzliche Regelungen, einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 €, gerne auch mehr, und bestimmt keine Ausweitung der Mini-Job-Schwelle.“

Im Gegenteil: auf der Basis eines Mindestlohnes wäre eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro für alle Beschäftigungsverhältnisse sinnvoll.

Davon profitieren die Minijobberinnen und Minijobber selbst, indem sie vollständige Ansprüche aus einer eigenständigen Versicherung erwerben. Sie hätten die Chance mit einem

„anständigen“ Lohn auch später eine „anständige“ Rente zu bekommen. Eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung wie vorgesehen macht zwar Sinn, aber ohne weitere Maßnahmen wird die Altersarmut trotzdem immer weiter steigen, insbesondere bei Frauen.

Von einer eigenständigen Existenzsicherung sind Minijobberinnen meilenweit entfernt. Aber von Arbeit müssen Frau und Mann auch leben können! In vielen Branchen ist diese

Form der Beschäftigung längst vom Ausnahmefall zur alltäglichen Form der Beschäftigung geworden.

Das muss gestoppt werden. Dazu fordern wir diese Bundesregierung auf!

(Quelle: Im Blick Nr. 60 September 2012, www.frauen.verdi.de)

Zu diesem Thema gibt es auch eine Broschüre, die ver.di zusammen mit dem DGB heraus gegeben hat.

Unter https://frauen.verdi.de/materialien/im_blick_infobrief gibt es die Broschüre als PDF-Datei.



Auswirkungen der Lohnlücken auf die Alterssicherung von Frauen

Die Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist lohn- und beitragsbezogen. Wer nur ein geringes Entgelt in die Rentenversicherung einbezahlt, erwirbt auch nur geringe Rentenansprüche und -anwartschaften. Die Struktur der gesetzlichen Rentenversicherung orientiert sich am durchgängig erwerbstätigen vollbeschäftigten Arbeitnehmer – typischerweise ein Mann. Da Frauen typischerweise ihre Erwerbsarbeit wegen familiärer Aufgaben unterbrechen, häufig in Teilzeit arbeiten und außerdem unterdurchschnittlich verdienen, liegt die durchschnittliche, selbsterworbene Frauenrente um 59 Prozent unter der durchschnittlichen Männerrente. Fast ein Viertel aller Rentnerinnen hatten im Jahr 2011 als selbsterworbene Rente weniger als 250 Euro, bestätigte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine parlamentarische Anfrage der LINKEN. Knapp zwei Drittel der Rentnerinnen blieb damit unterhalb des Grundsicherungsbedarfes 2012 von 686 Euro, 84 Prozent erreichten nicht die Marke von 850 Euro, welche die Bundesarbeitsministerin als Richtwert für eine „Leistungsrente“ in die Diskussion bringt.

Solange sie im Berufsleben stehen, erhalten Frauen meistens ein geringeres Entgelt – im Durchschnitt zirka 23 Prozent weniger als die Männer und haben darüber hinaus vielfach keinen Vollzeit- sondern einen Teilzeitjob; beides – geringere Entgelte und zusätzliche Teilzeitarbeit – wirkt sich negativ auf die Rentenhöhe aus.

Schlechter bezahlte Jobs in Teilzeit – das bleibt nicht ohne Folgen

Rund zwei Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen. In Betrieben mit Tarifbindung findet man weniger Frauen als Männer. Das hat weitreichende Folgen. Frauen müssen bei ihrem durchschnittlich geringeren Entgelt wesentlich länger

arbeiten, um mit ihrer Nettorente das Grundsicherungsniveau zu erreichen. Darum ist es kein Wunder, dass viele Frauen sich mit einem 400-Euro-Job begnügen, weil sie meinen, eine sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit würde sich „nicht lohnen“. Mit entsprechenden Folgen für die Rente. Aber gerade in Bereichen, in denen viele Frauen tätig sind, wie zum Beispiel dem Einzelhandel, werden immer häufiger sozial ungesicherte Minijobs angeboten. Die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze verschärft diese Situation noch zusätzlich.

Und damit schließt sich der Kreis; ohne existenzsichernden Lohn keine existenzsichernde Rente. Und damit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vermeidung von Altersarmut die Überwindung der Lohnlücke während des Erwerbslebens.

Frauen leben länger – von weniger

Frauen leben länger und beziehen deshalb auch länger Rente – häufig auf höchst niedrigem Niveau. Die „Rentenreformen“ der vergangenen 20 Jahre haben das ihre dazu beigetragen, das allgemeine Rentenniveau drastisch absenken – sowohl für Männer als auch für Frauen. Ursache dafür sind neben den arbeitsmarktpolitischen Gründen die zahlreichen „Rentenkürzungsformeln“; Kürzungen hinsichtlich der rentenrechtlichen Berücksichtigung von Ausbildungszeiten, von Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II und die Politik der sogenannten Beitragsstabilisierung. Derzeit liegt das Rentenniveau bei knapp unter 50 Prozent des durchschnittlichen Jahresentgelts – nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge. Manche wiegen sich im Glauben, diese 50 Prozent werden vom letzten Gehalt berechnet – weit gefehlt: es handelt sich um den Durchschnitt des gesamten Erwerbslebens, „gute“ wie „schlechte“ Jahre.

Viel wird geredet von der „zweiten Säule“ der Altersbezüge – der betrieblichen Altersvorsorge. Aber auch hier bleiben viele Frauen im Regen stehen: nur sieben Prozent von ihnen (Männer zirka ein Drittel) haben Anwartschaften aus einer betrieblichen Alterssicherung und genauso wenig haben was von der „dritten Säule“, einer privaten Alterssicherung, weil ihnen schlicht das Einkommen fehlt, um regelmäßige Beiträge dafür zu entrichten.

Rente muss zum Leben reichen

Die gesetzliche Rentenversicherung ist Spiegelbild verfehlter Arbeitsmarktpolitik. Das Rentenniveau muss so hoch sein, dass es langjährigen Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern auskömmliche Renten gewährleistet und den Lebensstandard im Alter sichern kann. Es darf deshalb nicht weiter gesenkt, sondern muss wieder auf 53 Prozent des durchschnittlichen Jahresentgelts angehoben werden. Die ungerechten Abschläge für Erwerbsgeminderte müssen ebenso gestrichen werden wie die Rente erst ab 67.

Rente ab 67: Das bedeutet noch höheren Verschleiß oder noch niedrigere Rente. Diejenigen, die nicht bis zum 67. Lebensjahr durchhalten, werden mit hohen Abschlägen bestraft. Die meisten älteren Menschen schaffen es nicht einmal bis 65 Jahre, geschweige denn länger zu arbeiten: Einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gehen nur ein Viertel aller 60- bis 64-jährigen nach. Unter den 64-jährigen sind es gerade mal 14,4 Prozent. Vollzeitbeschäftigt sind nicht einmal ein Fünftel der 60- bis 64-jährigen und nicht einmal zehn Prozent der 64-jährigen. Die Vollzeitbeschäftigungsquote für 64-jährige Frauen ist noch geringer. Sie liegt unter sechs Prozent.

Altersarmut ist bereits heute ein Problem. Immer mehr Rentnerinnen

und Rentner sind auf „Grundsicherung“ im Alter angewiesen. Im Jahr 2003 ist diese Maßnahme in Kraft getreten. Seitdem ist die Zahl derjenigen, die auf diese Leistung angewiesen sind, um 60 Prozent angestiegen. 2003 gab es knapp 260.000 Betroffene, Ende 2010 waren es schon 412.000. Zwei Drittel davon waren Frauen. Doch das sind nur die offiziellen Zahlen. Würden auch jene hinzugerechnet, die eigentlich einen Anspruch hätten, ihn aber aus Scham nicht geltend machen, stiege die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter auf über eine Million.

Vor zehn Jahren wurden die so genannten Hartz-Gesetze verabschiedet. Ein Heer von billigen und willigen Arbeitskräften sollten dem Markt zur Verfügung stehen. Sie brachten Regelsätze unterhalb der Armutsgrenze und die Pflicht, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Minijobs tragen seitdem dazu bei, den Niedriglohnssektor auszudehnen und zu festigen. Die Ausweitung der Leiharbeit hat zusätzlich noch zu mehr Unsicherheit geführt.

Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zehn Euro die Stunde ist deswegen – das hat auch die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der LINKEN bestätigt – nur die überfällige, aber längst nicht hinreichende Voraussetzung einer auskömmlichen Rente.

Die Pflege von Angehörigen – meistens durch Frauen durchgeführt – muß rentenrechtlich besser berücksichtigt werden. Zeiten der oft langjährigen Pflege führen ansonsten zwangsläufig zu Rentenlücken und Armut im Alter.

Ursula von der Leyen:
„Die Beschlüsse sind ein großer Fortschritt zur Absicherung von Geringverdienern, die ein Leben lang fleißig in die Rentenkasse eingezahlt haben. Sie sind sehr gut für Frauen, die Kinder erzogen oder Ältere gepflegt haben. Unser Anliegen war, dass diese Menschen, die ein Leben lang Verantwortung übernommen, gearbeitet und in den Generationenvertrag eingezahlt haben, am Ende des Tages eine eigene Rente aus der Rentenversicherung haben. Für Menschen, die 40 Jahre eingezahlt haben, ist das Sozialamt der falsche Ort... und zusätzlich kann er oder sie private Vorsorge behalten“.

Wow! Das sind 10-15 € über der monatlichen Grundsicherung! Fette 50 Cent pro Tag!

„Lebensleistungsrente“ – Zynismus pur!

Die schwarz-gelbe Koalition hat ein großes Wort für eine kleine und komplizierte Sozialleistung erfunden: die „Lebensleistungsrente“. Einziger Vorteil: sie soll ausschließlich aus Steuermitteln und nicht beitragsfinanziert sein. Aber: Der Anteil der Anspruchsberechtigten wird verschwindend gering sein: Als Voraussetzung zum Bezug sollen 40 Beitragsjahre und eine private Vorsorge eingebracht werden. Zeiten der Arbeitslosigkeit sollen keine Berücksichtigung finden. Bundesarbeitsministerin Frau von der Leyen (CDU) will – nach jetzigen Aussagen – die Rente für Geringverdiener auf 850 Euro, das heißt auf die höchste bundesweit gezahlte Grundsicherung aufstocken. FDP und CSU finden, das 707 Euro vollkommen ausreichend seien.

Nun also die „Lebensleistungsrente“, davor die Diskussion um eine „Zuschussrente“ alles Modelle, die mit der Lebenswirklichkeit derjenigen, die keine auskömmliche Rente haben, wenig zu tun haben. Allein die Bezeichnung einer „Lebensleistungsrente“ vermittelt den Eindruck, dass all diejenigen, welche die Voraussetzungen nicht erfüllen, keine Lebensleistung erbracht hätten. Und dabei

sind es doch gerade diese Menschen, die infolge völlig ungesicherter Arbeitsverhältnisse, von Zeitverträgen, Zeiten mit Arbeitslosigkeit und anderen, nur teilweise persönlich beeinflussbaren Faktoren, solche Minirenten beziehen. Wie sollen sie 40 Beitragsjahre und dazu noch private Vorsorge aufbringen? Wer an die Wirksamkeiten solcher Kopfgebirten ernsthaft glaubt, hat den Bezug zur Realität verloren – oder ist zutiefst zynisch.

Wenn der Zerfall des Sozialstaates ungebremst weitergeht und damit „... eine tiefe Spaltung in Arm und Reich und auch, mit dieser Spaltung verbunden, ein Zerfall der Städte“, wird die Folge sein, „dass sich die Armen in bestimmten Stadtteilen stärker konzentrieren in Form einer Ghettoisierung der Armut... eine sehr ungute Entwicklung für die Gesellschaft. Ich denke, es wäre besser, wieder zu mehr sozialen Ausgleich, zur Solidarität und zu mehr sozialem Verantwortungsbewusstsein zu kommen.“

(Gespräch mit Prof. Christoph Butterwegge unter www.swr.de/wissen).

Irmgard Rother



Eine Frauenbiographie

Gretel von der Schießbude – 87 Jahre gelebte Leidenschaft

Autorin: Angelika Schmidt-Biesalski

Angelika Schmidt-Biesalski trifft Gretel Pagliarucci auf der Ladenburger Kerwe – eine Dame, groß und schlank, dezent und geschmackvoll gekleidet. Immer wieder begegnen sich die beiden Frauen und vor Angelika Schmidt-Biesalski erschließt sich – über einen längeren Zeitraum das bemerkenswerte Leben der „Gretel aus der Schießbude“

Gretel: Ich bin im Wohnwagen geboren. Also ich war immer auf der Reis. Da haben wir in Lahr gestanden, da bin ich geboren, und das ganze Jahr war ich dann dabei. Wenn ich net in die Schul gange bin, war ich auch dabei. Wir sind im Sommer unterwegs gewesen, im Winter dann daheim, die ersten Jahre, glaub ich, in Bayern und dann hat mein Vater des Haus übernommen und dann warn wir da, im Elternhaus, das hat mein Urgroßvater gebaut.

Autorin: Eine Kindheit in wenigen Sätzen. Am 10. April 1926 kam Gretel Pagliarucci zur Welt, als letzte von vier Schwestern. Das Haus des Urgroßvaters, in dem die Familie im Winter wohnt, steht im badischen Ladenburg, von hier bricht Gretel Pagliarucci noch heute, 86 Jahre später, mit dem Schießwagen oder dem Mandelstand auf zur Kerwe, zur Messe, zum Altstadtfest oder Weihnachtsmarkt. Schon lange müsste sie nicht mehr arbeiten. ...

Gretel: Wir sind immer auf Ostern weg gefahren und sind im Oktober nach der Heidelberger Mess heim gekommen. Da waren wir den ganzen Sommer unterwegs. Wir haben zwei Wohnwagen gehabt, das waren neun-Meter-Wagen. Im einem war die Küche und ein Wohnzimmer und Schlafzimmer, da haben wir vier geschlafen, und meine Eltern haben den anderen Wohnwagen gehabt. Dann war das ja auch früher nicht so, da hat man ja keinen Wasseran-

schluss gehabt. Da mussten sie ja das Wasser in der Kanne holen. Das war schwieriger, wie es dann später war. Wir waren zu zehnt, weil wir vier Angestellte gehabt haben. Wenn sie dann Spinat gemacht haben, haben sie fünf Pfund Spinat gemacht, da sind sie an den Brunnen gegangen



mit großen Bütten und haben den gewaschen. Das war alles viel schwieriger. Aber trotzdem – war trotzdem schön.

Autorin: Aber auch vor 80 Jahren gab es für Kinder in Deutschland eine Schulpflicht. Im Winterhalbjahr in Ladenburg war das kein Problem, aber im Sommer, zwischen Ostern und dem Ende der Heidelberger Mess im Oktober?

Gretel: Ich bin's halbe Jahr auf der Reise in die Schule gegangen, alle 8 Tage in ne andere Schule. Und dann hat mein Vater die Transporte gefahren und ich bin immer Beifahrer gewesen, schon als Mädels, wo ich noch in die Schule gegangen bin. Und dann bin ich aufm Platz gekommen und dann hat er gesagt guck emal, wo die Schule ist oder frag jemand, ob die heut mittag Schul habe. Und wenn mittags Schule war hab ich mich angemeldet und bin am nächsten Tag in die Schul gange. Und meistens um 10 Uhr hab ich mich dann abgemeldet an dem Tag, wo wir gefahren sind und hab das in mein Heft geschrieben kriegt, das muss ich auch noch irgendwo haben. (Blättert in Papieren) Des war mein Abschlusszeugnis von der Schule. Des is noch der Umschlag, ich wunder mich selber, was ich alles

noch hab. Am 10. April 1926 bin ich geboren Von Ostern 1932 bis 20. März 1940 hab ich die Schule besucht. Dieses halbe Jahr war ich immer auf Reisen, und da hab ich kein Zeugnis gekriegt, weil ich ja da unterwegs war. „War auf Reisen“. Des is dann jedes Jahr gewesen. – Alles zweier, alles gut! – Ja, ja, ich hab nur einen Dreier, und den hat mir ein Fräulein verpasst in der Handarbeit. Jetzt wenn sie aber gucke, die Sache, wo da hänge, die Stühle, das hab ich alles selber gemacht, ich hab gestrickt, wie ne Wahnsinnige. ...

Autorin: Eva-Maria, Gretels einziges Kind, hatte eine andere Schulzeit als die Mutter. Nur in den ersten sechs Lebensjahren war sie im Sommer mit auf der Reise.

Eva-Maria: Teilweise habe ich bei der Tante gewohnt, teilweise bei einer Gastfamilie.

Gretel: Sie hat gesagt, Mama, ich geh überall hin, aber nicht in ein Internat. Also, des wollt se net. Und da war se hier bei ner Familie, bis die Frau gestorben ist. Ich war auch viel in der Näh', dann hab ich se immer am Wochenende geholt und hab se dann sonntags abends wieder heim gefahren.

Eva Maria: Ich glaub, dass ich meine Eltern sehr vermisst habe. ...

Gretel: Und meine Mutter wollte unabhängig sein und hat gesagt, nein, sie will sie nicht nehmen. Da hat sie noch zwei Jahre bis zur Konfirmation gehabt... Und dann, hat sie gesagt, ich will Dir mal was sagen: „ich hab mir das überlegt, hab mit der Evemie gesprochen, wir haben uns geeinigt, sie kann dableiben.“ Und dann war sie bei meiner Mutter. Es muss ja jemand da sein für so'n Mädels noch. Und sie hat für ihre Oma gesorgt und geguckt, dass es der auch gut geht, und dann war das in Ordnung.

Autorin: Ich frage Eva Maria, ob ihre Eltern von ihr erwartet haben, dass sie die Schießbude übernimmt, wenn sie mit der Schule fertig ist?

Eva Maria: Ich denke schon. Die wollten nie, dass ich Abitur mache. Ich sollte mich in der Schule abmelden nach der Mittleren Reife, was

ich nicht gemacht habe. Da war von Vorteil, dass meine Eltern nie Zeit hatten, in die Schule zu gehen, also ich alles immer erledigt habe. Und das hieß es, „Du meldest Dich jetzt ab!“ Tochter hat gar nicht daran gedacht! Ja, und irgendwann haben sie es dann akzeptiert, dass ich weiter zur Schule gehe, dass ich Abitur mache, und danach haben sie ohne Murren akzeptiert, dass ich studiere.

Autorin: Bei Gretel und ihren drei Schwestern war das noch anders. Nur eine wollte nicht im Gewerbe bleiben.

Gretel: Wir waren vier Mädchen, die Älteste ist dann später net auf die Reis' gange, die hat einen anderen Mann geheiratet und war dann Sekretärin in einer Baufirma. Aber die andern haben alle ins Schausteller-Leben eingeheiratet. Wir haben zwei Geschäfte gehabt, eine Zeit lang drei, das war eine Autobahn, ein Kettenflieger und ein Kinderkarussell.

Autorin: 1949 hat Gretel geheiratet, Helmut Pagliarucci. Er war auch schon Schausteller in der 2. Generation. Die Enkelin hat noch besondere Erinnerungen an den Vater ihres Vaters.

Eva-Maria: Mein Großvater, der ist – ich glaube im 1. Weltkrieg oder

kurz danach – nach Deutschland gekommen, er war ja Österreicher von Geburt. Der hatte da wohl auch einen Schausteller-Betrieb, im Wiener Prater. Der verliebte sich dann in ein deutsches Mädchen. Der Name Pagliarucci stammt natürlich aus Italien, im 15. Jahrhundert ist ein italienischer Adliger nach Österreich ausgewandert und hat seinen Namen behalten, da wurde dann der „Ritter von Kieselstein“ noch angehängt.

Autorin: Von Pagliarucci, Ritter von Kieselstein. Eine Urkunde von Kaiser Franz Joseph belegt es ... In Deutschland betreibt der Großvater dann das erste Riesenrad in der Gegend von Mainz. Zwei seiner vier Söhne heiraten zwei der vier Töchter des Schaustellerkollegen Eckart, eine von ihnen ist Eva-Marias Mutter Gretel. Der Onkel betreibt ein Karussell mit einer ganz besonderen Kirmes-Orgel. ...

Gretel: Mein Mann hat die erste selbst gebaut. Das war 1949, im Winter, eine 4-Meter-Schießbud gebaut. Und da bin ich noch zum Lieferant gegangen und hab gefragt – weil mir ja das Geld net gelangt hat, wir haben glaub ich 850 Mark gehabt, und da haben wir das Holz kaufen müssen und die Gewehre, die waren teuer - Und dann hat er

uns die erste Ware ohne Geld gegeben. Und ich hab dann von jedem Platz, wenn er rum war, gleich was bezahlt. Und des gedenkt mir ewig, wie wir dann in Mannheim auf der Mess gestande sind, das war 1949, da ist er gekommen, und dann hab ich gesagt, so Herr Fahrenkrug, jetzt kriegen sie das letzte Geld, dann sind unsre Schulden weg. ...

Autorin: Schausteller, das habe ich aus vielen Bemerkungen entnommen, sind oft besonders korrekt. Vielleicht, weil ihnen als „fahrendem Volk“ viele Vorurteile entgegen kommen. Brigitte, die als Kind morgens auf dem Platz artig die „Tante Gretel“ begrüßte, sieht das ganz klar:

Brigitte: Das Problem mit Vorurteilen ist ja tief verankert, vor allem in der Schaustellerei. Und diese Vorurteile sind manchmal auch sehr schmerzlich. Wenn sie hinter die Kulissen schauen, werden sie seh'n, dass das puritanisches Bürgertum ist, das hier gelebt wird. Die Kinder kriegen ja schon eingebleut, wenn sie in die Schule gehen, „benimm dich anständig...“ mehr als vielleicht in jeder sesshaften Familie. Weil, wie das nun mal bei Minderheiten ist, die Augen sind immer auf die Leute gerichtet, die eben nicht immer hier sind....



Gretel: Da ham sie gesagt, die Zigeuner komme, tu die Wäsch weg. oder so. Bei uns nie! Wissen se, es gibt dann auch manche junge, die sich nicht benehmen. Wir haben nie ein Malheur gehabt. Mein Vater hat hier viele Freunde gehabt und ich auch. Wir haben nie Vorurteile gespürt. ...

Autorin: Aber was, frage ich die beiden, ist dann das Besondere im Leben einer Schaustellerfamilie,

Eva Maria: Natürlich ist es schon so'n bisschen Tradition, dass die meisten Kinder in die Fußstapfen der Eltern treten, also jedenfalls die, die ich kenne. Selten, dass sie ein sogenanntes bürgerliches Leben gefunden haben. Ich bin da wohl eine ziemliche Ausnahme.

Gretel: Das Besondere: Da will ich Ihnen jetzt mal was sagen. Sie haben keine geregelte Arbeitszeit. Sie können mal morgens ausschlafen, sie müssen auch nachts abbauen, das macht ihnen aber auch nichts aus. Sie sind mit der Familie zusammen. Es gibt viele Männer, die sagen, wenn sie privat verheiratet sind oder so – ja, ich bring's Geld, ich hab darüber zu bestimmen, das gibt's bei den Schaustellern nicht. Da hat meistens die Frau das Geld. Mein Vater hat schon überhaupt keinen Kassenschlüssel gehabt, den hat die Mama gehabt, und wenn er Geld brauchte, hat er gesagt, gib mir mal Geld. Der hat auch geschäftlich alles gemacht, und da gibt es auch keinen Unterschied.

Eva Maria: Die Leute laufen nicht so schnell auseinander, die Ehen werden seltener geschieden. Kommt eigentlich so gut wie nie vor, weil man ja gemeinsam einen selbstständigen Betrieb verwaltet. Und die Frauen sind nicht rechtlos, im Gegenteil, die haben häufig ziemlich die Hosen an. Man hängt einfach zusammen....

Autorin: Umso härter, sagt Gretel, war es für sie, als der Vater 1942 starb. Erst 49 Jahre war er alt. Da musste sie selbst - gerade erst mit der Schule fertig - kräftig mit anpacken.

Gretel: Mein Vater ist ja sehr früh gestorben, Dann hab ich geholfen auf- und abbauen, war ja niemand

da. Und während dem Krieg haben sie keine Leute gekriegt. Das eine waren Rentner und der andere hat selbst ein kleines Geschäft gehabt und ist dann mit uns gefahren. Hat auch die Transporte von uns gefahren, weil ich erst 16 war.

Autorin: Obwohl die Mutter ihre Hilfe dringend brauchte, wird sie 1943 zum Reichsarbeitsdienst eingezogen.

Gretel: Dann bin ich im Elsass gewesen und dann bin ich krank geworden. Und dann haben sie mich entlassen. Rheuma hab ich gekriegt. Ich bin dann im Winter drei Monate in Bad Nauheim gewesen zur Kur und es ist ganz weg. Auf der anner Seit war's e Glick, dass ich's kriegt hab, es war ja schmerzhaft, aber für mei Mutter war's dann besser, als ich wieder daheim war. ...

Autorin: 1948 wird Tochter Eva-Maria geboren. ...

Eva Maria: Als ich das allererste Mal in einem Geschäft stand und Mandeln verkauft habe, das war in Ladenburg, ich war sieben Jahre alt und der Mandelstand gehörte meinem Onkel. Damals kostete die Tüte Mandeln noch 50 Pfennig. Ich konnte aber schon rechnen, ich konnte mit drei Jahren lesen - und rechnen dann auch. Da konnte ich das machen. Und seit der Zeit habe ich am Wochenende mitgearbeitet. Ich hab so gut wie nie ein freies Wochenende gehabt, außer im Winter. Also: es war nicht immer nur schön, es war viel Arbeit.

Gretel: Dann war sie ja im Gymnasium auch, hat sie Abitur gemacht, und was macht sie jetzt mit dem Abitur. Ja, sie will studieren... Ernährungswissenschaft in Stuttgart. Und das Zimmer dort hat 500 Mark gekostet, und die Uni bezahlt und's Essen und alles - und dann ist sie immer Freitagabend gekommen, mit dem Auto, und sonntags is sie dann wieder nauf gefahren. Und in der Zeit hat sie im Geschäft geschafft. Na hab ich gesagt, ich zahle dir alles, aber für deine Garderobe zahlst selber. Da wirst Du bezahlt von mir, wenn Du im Geschäft stehst und dann musst du's selber kaufen. ...

Autorin: Heute ist Eva-Maria Studienrätin, kurz vor der Pensionierung.

Sie ist verheiratet, wohnt im eigenen Haus in Ludwigshafen, hat einen erwachsenen Sohn und auch schon einen Enkel. Mutter Gretel Pagliarucci aber will bis heute nicht an einem Ort bleiben. Schon gar nicht, seitdem vor mehr als zehn Jahren ihr Mann gestorben ist und sie allein in dem großen alten Haus lebt. ...

Eva-Maria: Sie bezieht ja Rente (hat in die Rentenkasse eingezahlt – die Red.), das Haus ist bezahlt, es ist ja nun nicht so, dass die wirtschaftliche Not sie zwingen würde. Es ist einfach so, dass sie die Ansprache, die anderen Menschen braucht. Dann soll sie's haben. Ich sag nichts mehr. Nichts mehr. Sie war ja auch im Frühjahr sehr krank, aber wenn's ihr dann wieder besser geht, hat sie es auch schon wieder alles vergessen. Meine Mutter hat fünfmal mehr Energie als ich und einen zehnmal dickeren Kopf.

Gretel: Manchmal ist mir zu langweilig, dann fahr ich da runter in das kleine Einkaufszentrum, lauf im Laden rum, da kennen mich die Leute, ich unterhalte mich mit denen, da ist auch ein Bäcker, da trinke ich eine Tasse Kaffee, und dann fahr ich wieder heim und bin wieder zufrieden. (lacht) Dann war ich wieder unter den Leuten. Ich bin's nicht anders gewohnt. Mit mir selber will ich ja nicht sprechen. Was soll ich mit mir erzählen, ich weiß ja alles. (lacht)

Eva Maria: Der Gedanke kam mir vor ein paar Tagen. Man hört doch immer von manchen altgedienten Schauspielern, die sagen, sie möchten auf den Brettern, auf der Bühne sterben. Und ich glaub, meine Mutter gehört auch dazu

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Frau Schmidt-Biesalski, die uns freundlicherweise gestattete, das – aus Platzgründen – gekürzte Gesprächsprotokoll in unserer Zeitung abzdrukken. Das Gespräch insgesamt wurde im Rundfunk unter SWR2 Tandem am 18.1.2013 um 10.05 Uhr gesendet.

Weitere Informationen über die Autorin und ihre Veröffentlichungen finden sich auf ihrer Homepage unter www.schmidt-biesalski.de

Interview

mit einer modernen, jungen Frau mit Migrationshintergrund

Sie ist eine hübsche, moderne Frau von 22 Jahren und ihr Name ist Alev, was soviel wie Feuer bedeutet – und so sitzt sie auch vor mir: emanzipiert, überzeugt und voller Feuer für das, was sie tut.

FRAU aktiv: Alev, wo bist du geboren?

Alev: In Mannheim und ich lebe auch hier bei meinen Eltern. Meine Mutter kam bereits als Kind mit 12 Jahren mit ihren Eltern nach Deutschland.

FRAU aktiv: Deine Staatsangehörigkeit?

Alev: Ich bin Deutsche, genauso wie meine Eltern. Denn wir sind der Ansicht, dass wir hier mitgestalten sollten wo wir leben; dazu gehören alle Rechte, wie Wahlen, aber auch alle Pflichten.

FRAU aktiv: Du studierst – welche Fächer und wo?

Alev: Die Fächer sind Ethnologie und Semiotik, was ich an der Ruprecht-Karl-Universität in Heidelberg studiere. Mein Abschluss wird „Bachelor“ sein; aber je nach Lage und Noten kann ich vielleicht noch den Master machen. Hier möchte ausdrücklich meinen Eltern danken, die mich in vollem Umfang unterstützt haben; denn Bafög alleine reicht doch nicht aus.

FRAU aktiv: Wie steht's mit einem Freund?

Alev: Meine Konzentration gilt zur Zeit meinem Studium, außerdem habe ich noch einen Mini-Job. Zudem engagiere ich mich ehrenamtlich im DIDF, da bleibt keine Zeit mehr für einen Freund.

FRAU aktiv: Was bedeutet DIDF?

Alev: Das ist der demokratische Arbeiter- und Jugendverein. Wir haben gute Kontakte zu den Falken. Die Arbeit in Verbänden und Vereinen finde ich schon sehr wichtig.

FRAU aktiv: Falls du dir einen Freund zulegst, würdest du ihn nach Nationalität aussuchen?

Alev: Nein, nein! Er muss mir gefallen und sympathisch sein, das andere ist ziemlich egal – übrigens auch für meine Eltern.

FRAU aktiv: Alev, welche Aussichten erwartest du als Frau und im Beruf?

Alev: Ich möchte als beruflich engagierte Frau wahrgenommen und ernst genommen werden. Da ich die Absicht habe in den Journalismus zu gehen, erwarte ich, dass man mich als Person respektiert und meine Leistungen anerkennt; natürlich auch finanziell.

FRAU aktiv: Wirst du in Deutschland bleiben?

Alev: Selbstverständlich, ich bin ja Deutsche. Die Türkei ist für mich ein Urlaubsland – ich spreche auch türkisch mehr schlecht als recht.

FRAU aktiv: Wohingegen Deutsch – das sprichst du ausgezeichnet, können viele Mannheimer nur davon lernen! Wie steht es denn mit Kindern? Möchtest du welche?

Alev: Erst kommt meine Karriere dann kommen Kinder; aber auch mit Kindern möchte ich noch arbeiten; es gibt ja einige Möglichkeiten

FRAU aktiv: Denkst du, dass die EU-Charta etwas ändern kann an den Frauenquoten? Oder glaubst du an die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft etwas daran zu ändern?

Alev: Freiwillige Selbstverpflichtung ist etwas sehr schönes, aber ich denke, so ganz ohne Druck wird es nicht gehen. Allerdings glaube ich, dass da noch etliche Jahre vergehen werden bis sich wirklich etwas ändern wird. Meine Meinung ist, dass die deutschen Frauenaus ihrer eigenen Mentalität ausbrechen müssen. Sie müssen lernen und begreifen, dass sie nicht nur als Anhängsel des Mannes eine Daseinsberechtigung haben - die Frauen müssen begreifen, dass sie ein Anrecht darauf haben Ansprüche zu stellen. Sie müssen begreifen, dass sie vollwertige Mitglieder der Gesellschaft sind und Rechte haben - nicht nur das

Privileg Kinder zu gebären – sondern bei gleicher Arbeit auch den gleichen Lohn zu erhalten.

FRAU aktiv: Hast du schon etwas von Altersarmut gehört oder gesehen?

Alev: Ich habe davon gehört; gesehen habe nur einige Male wie ältere Menschen in Mülleimern nach Pfandflaschen gesucht haben.

FRAU aktiv: Bekommst du Angst davor, wenn du hörst, dass sehr viele Frauen davon betroffen sind?

Alev: Man sollte schon frühzeitig etwas für die Altersvorsorge tun; aber konkret habe ich mich noch nicht beschäftigt. Mit 22 Jahren denkt man noch nicht so sehr ans Alter. Allerdings werde ich mich in nächster Zeit etwas intensiver damit beschäftigen.

FRAU aktiv: Schon mal was vom Konversionsprojekt gehört?

Alev: Ja. Und ich finde es toll, dass man diesen vorhandenen Wohnraum nutzt – egal ob als Wohnungen oder als Jugendtreff(was in Mannheim fehlt) oder als Versammlungsraum für Verbände oder Vereine.

FRAU aktiv: Alev, ist dir schon aufgefallen, dass es viele alleinerziehende Frauen gibt, die mehr als einen Job haben?

Alev: Ja, ich habe es bei Bekannten erlebt – so etwas ist schrecklich und nicht richtig – man muss doch von seiner Arbeit leben können!

FRAU aktiv: Noch eine letzte Frage: Hast oder hattest du jemals Probleme wegen deiner Herkunft?

Alev: Ja, in der Schule, am Gymnasium. Meine Mitschüler haben über Türken abgelästert und sagten dann zu mir: Du bist aber nicht so. Am Anfang hielt ich es für ein Kompliment bis ich begriff, dass ich genauso betroffen war. Es tat ziemlich weh – aber heute stehe ich drüber

FRAU aktiv: Liebe Alev, ich danke dir für dieses offene Interview und wünsche dir alles Gute.

Ursula Kürner.

Sie nähen unsere Kleidung, sie produzieren für uns Lebensmittel, sie erfreuen uns mit Rosen, Tulpen, Nelken...

Folgender Beitrag ist eine Zusammenstellung verschiedener Veröffentlichungen, die unter anderem unter www.saubere-kleidung.de zu finden sind. In der Überschrift erwähnen wir auch Lebensmittel und Blumen – auch hier gibt es weltweit Kampagnen zur fairen Produktion, denen ver.di neben vielen anderen Organisationen angeschlossen ist. Mehr zum Beispiel unter: <http://www.unfairen-einkauf-stoppen.de/> und <http://www.verdi.de/themen/internationales/++co++bce0445a-c364-11e0-64ad-00093d114afd>

Die Globalisierung hat ihren Preis

Sichere Arbeits- und Lebensbedingungen, eine gute Gesundheitsversorgung, die Möglichkeit, sich persönlich zu entfalten – schlichte Bedürfnisse, deren Befriedigung für viele Menschen weltweit keineswegs Selbstverständlichkeiten sind. Im Gegenteil: Die zerstörerischen Kräfte eines von kurzfristigen Profitinteressen geleiteten Weltwirtschaftssystems treiben die Schere zwischen Arm und Reich auch global weiter auseinander. Mit dem Siegeszug der neoliberalen Ideologie findet eine neue Form der kapitalistischen Landnahme statt, in der menschliche Grundbedürfnisse wie der Zugang zu sauberem Wasser und Saatgut allein der Marktlogik unterworfen werden. Während die industrielle Produktion hierzulande zurückgeht, ist sie in vielen anderen Ländern ein Wachstumsbereich. Denn da das Leben auf dem Land aufgrund der sich verschärfenden Bedingungen immer prekärer wird, haben viele Firmen in den Ländern des Südens trotz miserabler Löhne und unvorstellbarer Arbeitsbedingungen kein Problem, genug Arbeitskräfte zu finden. Dort werden Elektroartikel und Textilien

für den Weltmarkt produziert, die einige Tage später auch in unseren Geschäften zu finden sind – meist zu Niedrigstpreisen.

Den Druck auf internationale Unternehmen erhöhen

ver.di setzt sich seit Jahren mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Nichtregierungsorganisationen dafür ein, dass soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards auch in diesen Ländern eingehalten werden. Ein Hebel ist dabei, auf die international bekannten Unternehmen Druck zu machen, die die Aufträge an unbekannte Zulieferfirmen vor Ort vergeben. Darüber hinaus setzt sich ver.di dafür ein, dass bei öffentlicher Auftragsvergabe nicht nur auf die Existenz von Tarifverträgen, sondern bei der Beschaffung von Computern und anderen Bedarfsmitteln auch auf die Arbeitsbedingungen bei den Herstellern geachtet wird.

<http://www.verdi.de/themen/internationales/++co++bce0445a-c364-11e0-64ad-00093d114afd>

Die Länder der sogenannten Dritten Welt sind unsere Nähstuben, unsere Fabriken, unsere Plantagen. Unter unerträglichen Produktionsbedingungen, die den Menschen die Gesundheit rauben, die ihre Kinder behindert und krank zur Welt kommen lassen, die ihnen kaum das Überleben sichern, wird für die reiche erste Welt produziert. Wir werden den Hinterbliebenen der in Rauch und Feuer umgekommenen Näherinnen und Näher in Bangladesch und Pakistan kaum plausibel machen können, dass sie dafür ihr Leben gelassen haben, eine Jeans bei einem Discounter 1 Euro billiger zu machen. In den Textilfabriken Bangladeschs und Pakistans arbeiten zum überwiegenden Teil Frauen, die mit 35 Jahren bereits

zu alt sind, die mörderischen 12-, 14- oder gar 16-Stunden-Schichten auszuhalten. Eingestellt werden nur Frauen zwischen 16 und 35 Jahren mit genau dieser Begründung. Mit einem Tageslohn von zirka 2 Euro sind sie oftmals die Familienernährerinnen.

Im Folgenden liegt der Schwerpunkt auf den Bedingungen, unter denen für uns weltweit Textilien produziert werden – unter zum Teil skandalösen und inhumanen Bedingungen.

Von weltweit 30 Millionen Beschäftigten in der Textilindustrie sind über 70 Prozent weiblich

In Osteuropa, der Türkei, in Kambodscha, China und Bangladesch nähen Frauen zu Hungerlöhnen, was in Europa billig verkauft wird. Kaum ein anderer Industriezweig offenbart die ungeheure Ausbeutung von Mensch und Natur im Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung in diesem Maße. In der Textilbranche erscheinen Lohndumping, fehlende Arbeitsstandards, unbezahlte Überstunden und komplette Rechtlosigkeit revitalisiert, wie aus dem Manchester-Kapitalismus in die Gegenwart katapultiert.

Aus westeuropäischen Ländern wie Italien und Griechenland lagern global agierende Konzerne die letzten Reste einheimischer Textilindustrie aus. Einheimische Textilarbeiterinnen werden entlassen, um anderswo Näherinnen noch rabiater ausbeuten zu können. In „Sweatshops“ in Bangladesch und Bulgarien werden billige Sweatshirts für große internationale Ketten hergestellt. Die Arbeiterinnen in Dhaka, der Hauptstadt Bangladeschs, nähen für 20 Euro Monatslohn Jeans und Shirts. Die Arbeiterinnen in der Türkei, in Rumänien und China müssen mit Löhnen, die kaum für die Existenzsicherung einer einzigen Person ausreichen, das Einkommen ihrer Familien bestreiten. Wehren sich die Frauen, müssen sie mit Entlassung und Lohnkürzung rechnen. Gewerkschaftliche Mitgliedschaft und politische Interessenvertretung sind Kündigungsgründe.

Unberührt von den Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs wirbt der Textildiscounter KiK mit Slogans wie „Zum Anziehen verführt“ und „Zum Knuddeln und Liebhaben“. Die kambodschanischen Textilarbeiterinnen zeigten im Sommer 2010, was sie vom »Knuddeln und Liebhaben« halten: Sie streikten. Ihre Kolleginnen in Dhaka setzten verzweifelt Lieferwagen in Brand und bauten Straßenbarrikaden als Protest gegen ihre Hungerlöhne.

Auch in Deutschland wehren sich immer mehr Frauen gegen die Niedriglöhne und schlechten Arbeitsbedingungen bei KiK. Sie tun dies vielerorts mit Unterstützung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Weltweit setzt sich die international agierende Organisation „Clean Clothes Campaign“ für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und für gerechte Bezahlung in der Textilindustrie ein. Die Geduld der Textilarbeiterinnen scheint überall vorbei zu sein. Ihre Aktionen für ein besseres Leben für sich, ihre Kinder und ihre Familien einen sie mit dem Kampf ihrer Großmütter in New York und Sankt Petersburg.

Seit 2003 ist v. erdi dieser Kampagne angeschlossen, die europaweit auch unter CCC (Clean Clothes Campaign) agiert.

Im November 2012 erschütterte uns die Meldung „Wieder ein entsetzlicher Brand in Textilfabrik in Bangladesch mit über 100 Toten“

Seit 2006 starben über 470 Menschen, vor allem Frauen, aufgrund von Bränden in den Textilfabriken Bangladeschs. Wann endlich unternehmen deutsche Einkäufer etwas für einen wirksamen Brandschutz? Während Tchibo und PVH (Eigentümer von Tommy Hilfiger und Calvin Klein) ein bahnbrechendes Brandschutzabkommen mit Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen unterschrieben haben, weigern sich H&M und Gap beharrlich. Damit aber das Abkommen in Kraft tritt,

müssen sich mindestens zwei weitere große Einkäufer dazu bereit erklären.

Bisher wurden 112 Tote gezählt und 200 Verletzte sind mit Brandwunden in Kliniken eingeliefert worden. Das Feuer war am Samstag Abend, 24.11.2012, im Erdgeschoss der neunstöckigen Fabrik ausgebrochen und verbreitete sich schnell auf die anderen Stockwerke. Einige Frauen sprangen aus Panik aus den Fenstern in den oberen Geschossen.

Über 1000 Menschen, vor allem Frauen, arbeiten in der Fabrik Tazreen Fashions Limited, die zum Tuba Konzern gehört. Sein Besitzer, Mr. Delwar Hossain, besitzt 7 Fabriken, die für den US-amerikanischen und europäischen Markt produzieren. Neben Walmart, Ikea und Carrefour lassen auch das deutsche Unternehmen KiK und das holländische Unternehmen C&A in den Tuba Fabriken nähen.

Laut Angaben der Regierung von Bangladesch starben in den Jahren 2006-2009 insgesamt 414 Näherinnen in den Flammen von Fabrikbränden. 2010 starben weitere 57 Menschen bei zwei Bränden in den Fabriken „That's it“ und „Hameem“, 471 Tote gibt es demnach nun schon in Bangladesch zu beklagen.

Am 11. September waren über 300 Menschen in den Flammen einer Fabrik in Pakistan gestorben, bei der

KiK der Haupteinkäufer war. Immer wieder gibt es furchtbare Brände in den Fabriken, die aufgrund viel zu geringer Sicherheitsmaßnahmen geschehen. Elektrokabel hängen ungeschützt von der Decke herunter, Notausgänge sind verschlossen oder existieren nicht, Übungen zum Brandschutz finden nicht statt. Es ist dringend notwendig, das Brandrisiko endlich branchenweit zu bekämpfen. Deshalb haben PVH (Eigentümer von Tommy Hilfiger, Calvin Klein) und Tchibo als erste Unternehmen ein Brandschutzabkommen zusammen mit Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen unterzeichnet, aber es fehlen weitere Unternehmen, die bereit sind es zu unterschreiben. H&M und Gap weigern sich (siehe hierzu die Kampagne der CCC: <http://www.cleanclothes.org/urgent-actions/gap-appeal>). Lidl und Metro wurden von der Kampagne für Saubere Kleidung aufgefordert, ebenfalls zu unterschreiben, eine Antwort steht noch aus.

Meldung vom 15.1.2013: Erste Erfolge gibt es in Pakistan – KiK unterschreibt Entschädigungsvereinbarung

Der deutsche Discounter KIK unterzeichnete letzte Woche eine Vereinbarung mit dem Pakistan Institute



of Labour Education and Research (PILER), die eine einmalige Zahlung in der Höhe von 1 Million Dollar an die Opfer und ihre Familien vorsieht, so wie Verhandlung mit allen beteiligten Interessensvertretern über ein langfristig angelegtes Paket von Ausgleichszahlungen.

Der Brand bei Ali Enterprises vom 11. September 2012 kostete laut offiziellen Angaben 262 ArbeiterInnen das Leben und verletzte mindestens 20 weitere.

Die Vereinbarung wurde am 5. Januar bei einer Pressekonferenz in Karatschi präsentiert, bei der mehrere lokale Gewerkschaften, unter anderem die National Trade Union Federation, teilnahmen.

„KIK ist der größte Käufer von Ali Enterprises. Pakistanische Gewerkschaftsaktivisten und -aktivistinnen und internationale Arbeitsrechtsorganisationen wie die Clean Clothes Kampagne haben die Firma dazu bewegt, Entschädigungen an die betroffenen Familien zu zahlen“, – so Karamat Ali, Direktor von PILER.

Die erste Zahlung wird zur Entschädigung der Familien jener Opfer verwendet werden, die keine staatliche Entschädigung erhalten haben, da aufgrund der schweren Verbrennungen und des fortgeschrittenen Verwesungszustands einige Körper nicht mehr identifiziert werden konnten. „KIK erklärte sich ebenfalls dazu bereit, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu entschädigen, die durch

den Brand bedingt, schwere Verletzungen hinnehmen mussten, die zu einer dauerhaften Beeinträchtigung führte und zum Verlust zukünftiger Beschäftigungsmöglichkeiten. Die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen werden Unterstützung erhalten, sobald sich alle Interessensvertreter, einschließlich Arbeitgeber und andere internationale Unternehmen, auf eine Entschädigungssumme geeinigt haben,“ fügte Karamat Ali hinzu.

Unter dem Link <http://www.sauberekleidung.de/index.php/printmedien> ist eine sehr lesenswerte 48seitige Broschüre zu finden: „Im Visier: Discounter – Eine Studie über die Arbeitsbedingungen bei Zulieferern von Aldi, Lidl und Kik in Bangladesch“

Zusammengestellt von Elli Brinkschulte



GLOSSE

Im Jahr 2006 ging eine Kollegin mit 61 Jahren in Schwerbehinderten-Altersrente. Ihr könnt euch sicher vorstellen, dass diese nicht gerade üppig war – die Kollegin kam aus dem Verkauf.

Nichtsdestotrotz hatte sie 33 Vollzeit Arbeitsjahre und 5 Teilzeit-Arbeitsjahre und 2 Kinder großgezogen, außerdem 3 Lehrjahre. Da ihr Mann auch Rente bekam, konnte man damit auskommen.

Nach 5 Jahren Rentenbezug kam plötzlich eine Mitteilung von der Rentenanstalt: Sie habe bisher zu viel Rente bezogen und man müsse ihr das wieder abziehen; d. h. 5 Jahre vorher hat der Computer mit genau

den gleichen Unterlagen eine andere Summe ermittelt als 5 Jahre später!

Als Begründung war angegeben: Man habe das 3. Lehrjahr falsch berechnet, weil der Lehrherr unter einer falschen Rubrik eingetragen habe – damals gab es noch Steuerkarten auf die die Einträge gemacht wurden.

Außerdem hat man die Kindererziehungszeiten verändert: Ihr ältester Sohn ist am 27. März geboren – aber die Kindererziehungszeit wird erst ab 1. April anerkannt! Das bedeutet doch, dass dieser Junge 4 Tage illegal auf dieser Welt lebte! Hoffentlich gibt es da nicht noch Ärger mit der Einwanderungsbehörde!!!!

Da es bei der Rente einen Besitz-Bestandsschutz gibt kann die Rentenanstalt nur die letzten 3 Jahre zurückverlangen – nach deren Berechnung zirka 2000 Euro; und dies auch nicht auf einmal.

Das bedeutet: Die Kollegin bekommt keine Rentenerhöhung bis der Betrag abbezahlt ist – also sehr wahrscheinlich ihr ganzes Leben lang, da die Renten ja so enorm steigen!! Gleichzeitig hat man ihr einen Antrag zur Grundsicherung zugesandt! Ist das Leben im Alter nicht schön??

Ich grüsse Euch alle und hoffe, Ihr habt mehr Glück

Ursula

Die Zukunft der Altenhilfe

Wie sollen Altenhilfe und Altenpflege in der Zukunft bei uns organisiert werden?

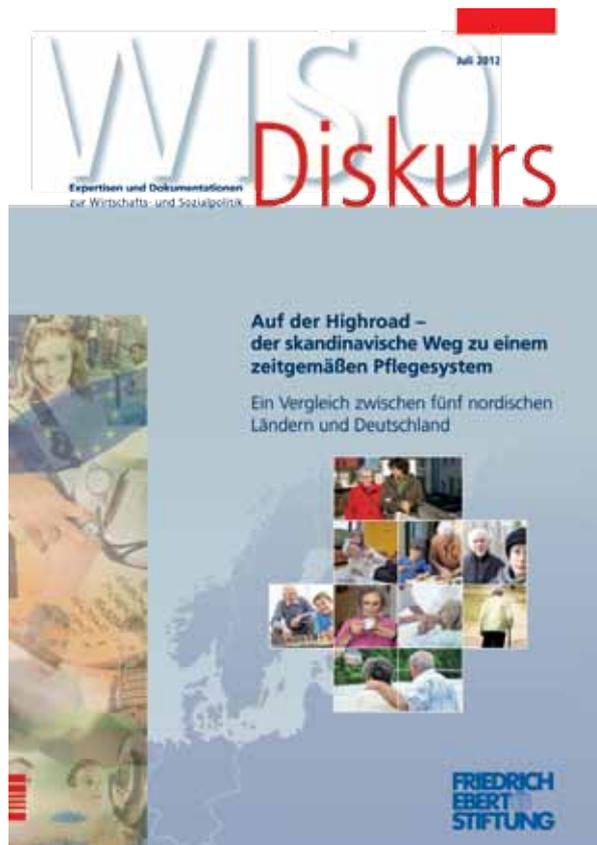
Wie soll Altenhilfe und Altenpflege in der Zukunft bei uns organisiert werden? Was brauchen die Betroffenen aus heutiger Sicht? Welche politischen Konzepte gibt es, um auch bei uns den Pflegesektor erfolgreich zu gestalten?

ver.di hat im November des letzten Jahres die Politikwissenschaftlerinnen Dr. Cornelia Heintze sowie Gemeinderäte und Betriebsräte von Altenpflegeeinrichtungen eingeladen, um diese Frage zu diskutieren. Cornelia Heintze, die beruflich viel Erfahrungen mit dem Gesundheitswesen hat, stellte die Ergebnisse einer Studie vor, die sie mit Mitteln der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hat. Heintze unterscheidet zwischen dem – kaum mehr aufrecht zu erhaltenden – familienbasierten Pflegesystem in Deutschland, das auf das „Solidarsystem Familie“ setzt und damit überwiegend auf die unentgeltlichen Leistungen der Frauen und dem servicebasierten Pflegesystem in den skandinavischen Ländern. „Auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner ab 65 Jahren kamen im Jahr 2009 nur knapp 38 vollzeitäquivalente Beschäftigte gegenüber 119,5 in Dänemark (nur kommunaler Altenservice)“. (Pflege in der Krise, S. 186) Die skandinavischen Länder geben ein Vielfaches für die Menschen ab 65 Jahren aus. Während der Pflegesektor in den skandinavischen Ländern bedarfsgesteuert ist, bezeichnet Heintze den deutschen Pflegesektor als ausgabengesteuert. Das bürokratische deutsche Regulierungssystem zielt „auf die Minimierung der von den Pflegekassen und Kommunen zu tragenden Ausgaben bei gleichzeitiger maximaler Kostenprivatisierung“. (ebda)

Es gibt eine erhebliche öffentliche Unterfinanzierung des Pflegesektors in Deutschland. Gemessen daran, wie viel die Staaten von ihrem Bruttoinlandsprodukt für die Pflege der Menschen ab 65 ausgeben, stellt

Heintze fest, dass die skandinavischen Länder ein Vielfaches für den älteren Teil der Bevölkerung ausgeben (Heintze 2012, S. 35).

Dem entspricht dann auch, dass Löhne und Gehälter in der Altenhilfe und –pflege trotz der hochanspruchsvollen Tätigkeit in Deutschland in den Niedriglohnbereich



abgedrängt sind (der Mindestlohn in der Altenpflege liegt unter dem Mindestlohn für Gebäudereinigerinnen), während in den service-basierten Systemen der skandinavischen Länder den Pflegekräften mehr bezahlt wird. Die Qualifizierung der Beschäftigten spielt ebenfalls dort eine größere Rolle.

Außerordentlich wichtig ist die qualitative Bedeutung der Bedarfsorientierung: Während man bei uns entsprechend den Bestimmungen der Pflegeversicherung einem sehr engen Pflegebegriff folgt, wird in den skandinavischen Ländern Pflege, Betreuung und Alltagsunterstützung gleichermaßen als öffentliche

Leistung angeboten. „Anders als in Deutschland überwiegen häusliche Leistungen mit einem Schwerpunkt auf der sozialen Betreuung und praktischer Hilfe. (...) Pflege, die lediglich auf Grundfunktionen zielt, lässt sich als Minutenpflege durchrationalisieren. Bei den pflegerischen, psychologischen und sozialen Unterstützungsleistungen, die Menschen mit reduzierter Alltagskompetenz benötigen, ist dies kaum möglich.“ (Pflege in der Krise, S. 189) Welche unermesslichen Schäden durch die Minutenpflege bei den Betroffenen und bei den Pflegekräften entstehen, wird bei uns auf der politischen Ebene systematisch ausgeblendet.

Es geht also darum, mit den in der Politik verantwortlichen Handelnden in Gespräche darüber einzutreten, wie die bestehenden Konzeptionen für die Altenhilfe dem wirklichen gesellschaftlichen Bedarf anzupassen sind. ver.di lädt dazu in Mannheim zu einem runden Tisch ein. Wir brauchen allerdings die Anstrengungen auf der lokalen Ebene so sehr wie die der Parteien auf Landes- und Bundesebene. Und: es helfen keine blumigen Versprechungen, sondern nur Taten.

Literatur:

WISO Diskurs, Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem, Juli 2012, zitiert als Heintze 2012

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09243-20120730.pdf>

Pflege in der Krise, in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2012, S. 183ff. Heintze arbeitet in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik mit.

Mia Lindemann

Übrigens...

der Mindestlohn in der Gebäudereinigung liegt bei 9 Euro, der in der Pflege bei 8,75 Euro!

„In Transit“

Autobiografie

von Helen Marvill-Steiner

448 Seiten, 14,95 €

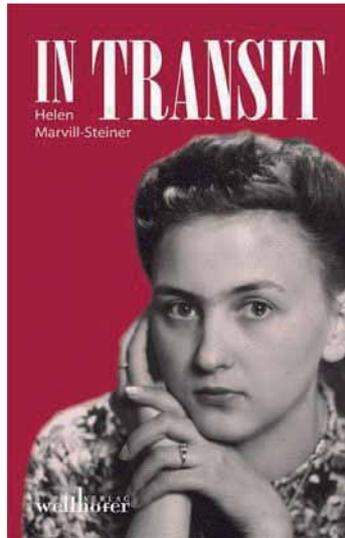
Wellhöfer Verlag Mannheim 2012

ISBN 978-3-95428-111-4

Selten in der letzten Zeit hat mich eine Geschichte so mitgerissen wie diese Autobiografie, die den Zeitraum von 1930 bis 1945 umfasst. Helen Marvill-Steiner, als kleines Mädchen „Hannele“ genannt, wächst in den zwanziger Jahren behütet in bester Mannheimer Gesellschaft auf. Die Mutter spielt leidenschaftlich Piano, der Vater ist ein temperamentvoller „Salon-Sozialist“, der seinem Töchterchen einen sozialen Umgang mit den „niederen Ständen“ beibringt, indem z.B. Obdachlose zur Bewirtung auf dem Familiensofa Platz nehmen dürfen.

Wunderbar anschaulich erzählt Hannele von ihren Sommerurlaubeu insbesondere mit ihrer geliebten Großmutter, bis sich langsam und fast unmerklich das gesellschaftliche Klima ändert, was das Kind am stärksten in der Schule zu spüren bekommt. Man müsse die Juden aus Deutschland hinauswerfen, tönt es lautstark, sodass die beiden einzigen jüdischen Mädchen der Klasse sich voller Furcht aneinanderdrängen. Das Kind versteht die Welt nicht mehr, „eine Welt, die mein Leben vollkommen durcheinandergebracht und mich ins Herz getroffen hatte.“ Ein geliebter Onkel von Helen, bekannter Kabarettist aus Berlin, nimmt sich in der Schweiz mit 30 Jahren das Leben.

Die Familie flieht 1933 nach Spanien, wo der Vater auf der Seite der Republikaner kämpft. Hannele besucht dort eine Kunstschule, denn sie fühlt sich zum Malen hingezogen und ihr Vater bestärkt sie darin. Bald jedoch scheint die spanische republikanische Sache verloren und die Steiners fliehen mit Tausenden anderer über die Grenze nach Frankreich. Während Mutter und Tochter im Massif Central in einem Dorf unterkommen,



wird der Vater nach Gurs verschickt, einem früheren Militärlager in Südfrankreich, von dem aus in späteren Jahren die Flüchtlinge in die Vernichtungslager gen Osten deportiert werden. Längst hat sich der Alltag von Hannele radikal verändert:

„Unser Leben fing an, entsetzlich normal zu werden. Morgens beim Aufwachen schien es nicht mehr so furchtbar ungewöhnlich, mit Mantel und Schuhen im Stroh zu liegen, beißenden Staub in der Nase.“ Hannele macht sich im Kinderheim nützlich und gibt Zeichenunterricht.

Die Familie wird noch einmal für kurze Zeit mit dem Vater zusammenleben und es gelingt, die Mutter des Vaters aus den Fängen der Nazis nach Frankreich zu holen; diese von Hannele so geliebte Großmutter wird 1941 eines natürlichen Todes sterben. Inzwischen haben die nach Frankreich eingerückten Nazis zusammen mit ihren französischen Kollaborateuren begonnen, die Flüchtlinge wie Vieh auf Lastwägen zu verfrachten und sie in mit Stacheldraht umzäunten Sammel-Lagern einzupferchen. Als der Vater in ein Internierungslager gebracht werden soll, gelingt ihm die Flucht; er fällt aber beim Grenzübertritt nach Spanien in die Hände der Gestapo und wird nach Auschwitz deportiert. Mit Tricks und Verstand gelingt es Mutter und Tochter, dem Sammelager zu entkommen. 1943 kehren beide Frauen nach Mannheim zurück.

Hannele erlebt die erschütternden Bombennächte und die Zerstörung ihres Heimes, sie erlebt die ständige Bedrohung vor Deportation aber auch ihre erste große Liebe. Das Buch endet mit dem befreienden Ausruf von Hannele: „Hort nur! Hört ihr's alle? Wir haben's geschafft! Es ist vorbei! Der Krieg ist vorbei! Und wir leben noch!“

Beim Lesen erfahren wir sehr authentisch und einfühlsam ein wichtiges Stück Zeitgeschichte aus dem Blickwinkel einer erwachsen werdenden jungen Frau. Das Buch nahm mich so in Bann, dass ich gerne die nächste Etappe des Lebens von Hannele erfahren hätte. Zu meinem Bedauern wird das nicht mehr möglich sein, denn Helen Marvill-Steiner verstarb am 26. Dezember 2012 in den USA. Wir danken der Autorin für dieses persönliche und politische Zeugnis einer Zeit, die uns noch heute angeht.

Zur Person von Helen Marvill-Steiner: Die Autorin wurde am 1. November 1921 in Mannheim als Hanne Lore Steiner geboren und verstarb am 26. Dezember 2012 in den USA. Die Mutter stammte aus lutherisch-protestantischem Hause, der Vater aus einer jüdischen Familie. Als sogenannte „Halbjüdin“ flüchtet die Autorin mit ihrer Familie nach Spanien, dann nach Frankreich, wo sie in verschiedenen Dörfern und Städtchen ein unruhiges Leben in ständiger Bedrohung führen. 1943 erfahren Mutter und Tochter, dass der Vater 1942 in Auschwitz ermordet wurde. Um selbst Deportationen zu entgehen, entscheiden sich die „arische“ Mutter und ihre „halbjüdische“ Tochter 1943, nach Deutschland zurückzukehren und erleben im zerstörten Mannheim das Ende des Krieges. 1947 wandert Helen Marvill-Steiner in die USA aus.

Anna Barbara Dell

Dann habe ich eben gejobbt...

Oktavia Klassen im Gespräch mit Studentin Anja

Ich habe die Studentin Anja vor zirka drei Jahren zum ersten mal getroffen. Damals schon jobbte sie als Wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität. Sie jobbt immer noch als Wissenschaftliche Hilfskraft mit rund 40 Stunden im Monat an der Universität. Ihr Studium hat sie noch nicht beenden können.

Vor kurzem konnte ich ein kurzes Gespräch mit ihr führen.

Anja hat vor zehn Jahren ihr Studium in einem Diplom-Studiengang aufgenommen. Sie sagt, zum Glück noch in einem Diplom-Studiengang, denn bei einem Bachelor-Studiengang, wie sie inzwischen auch in ihrem Bereich das Diplom-Studium ersetzen, hätte sie niemals ihre Jobs und die Studienfinanzierung auf die Reihe bekommen.

Der Anfang des Studiums war schwer. Ihr Elternhaus hatte wenig Verständnis für ihren Studienwunsch. Sie ist die erste in der Familie, die studiert. Geld war immer nur wenig vorhanden. Schon als Schülerin hat sie deshalb im Zeitschriftenhandel und im Einzelhandel u. a. als Kassiererin gearbeitet. Zu Beginn des Studiums erhielt sie BAFÖG. Im dritten Semester war sie sich sicher, dass der ausgewählte Studienbereich doch nicht ganz das war, was sie sich darunter vorgestellt hatte und ihre Interessen und Fähigkeiten etwas anders gelagert sind. Sie wechselte konsequenterweise das Studienfach.

Anja ließ sich beraten, wie das mit ihrem BAFÖG weiterläuft. Sie betont im Gespräch, dass die Beratung durch den Sachbearbeiter beim BAFÖG nicht gerade hilfreich war.

Das BAFÖG fiel dann mit dem Studienfachwechsel weg. Wie weiter?

Das Elternhaus unterstützt sie nun, ab dem Jahr 2004, finanziell, soweit dies möglich ist. Das Kindergeld wird von der Familie an sie weitergegeben. Aber das Geld reicht nicht. So jobbt sie nebenher, als Auffüllerin im Supermarkt zum Beispiel und in diversen anderen Jobs. Nach zwei Jahren fällt dann auch das Kindergeld als Einnahmequelle weg.

2006 wird ein „schwarzes“ Jahr. Zu allem Stress mit Studium und Jobs hat sie einen Fahrradunfall. Ein Anwalt muss mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt werden. Die Sache mit der Prozesskostenhilfe geht aus irgendeinem Grund schief. Nun sitzt sie auch noch auf einem Teil der Anwaltskosten. Sie hat noch Glück. Die gesamte Familie hilft finanziell so gut es geht. Anja unterbricht das Studium, da sie nun dringend mehr Geld braucht. Sie hat kleinere Jobs, aber keine, die sie finanziell wirklich weiterbringen. Ansparen kann sie nichts. Dann nimmt sie das Studium wieder auf. Das ist die Zeit, in der sie die erste Stelle als Wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität bekommt. Vierzig Stunden im Monat, bezahlt mit weniger als 400 Euro. Diese Möglichkeit wird in ein paar Monaten vorbei sein. Dann hat Anja die zeitliche Höchstbeschäftigungsgrenze für ungeprüfte Wissenschaftliche Hilfskräfte erreicht.

Und dann – wie geht es weiter? Sie schätzt, dass sie noch ein Jahr

braucht, um den Abschluss machen zu können. Anja wird versuchen, dafür ein Darlehen zu bekommen. Wenn es gut geht, d. h., wenn sie ein Darlehen bekommt, dann schließt sie das Studium auf jeden Fall mit Schulden ab.

Ob sie ihr Studium schneller abschließen könnte, wenn sie nicht nebenher arbeiten müsste?

Anja kann die Frage zuerst nicht beantworten. Sie steckt schon so lange in der Mühle Jobben – Studieren – Jobben, dass sie sich kaum vorstellen kann, die gesamte Zeit fürs Studieren zur Verfügung zu haben und nicht zwischen schlecht bezahlten, dazu noch unversicherten Jobs und den Anforderungen durch das Studium zu jonglieren. Aber dann stellt sie doch fest, dass ihr durchs Arbeiten weniger Zeit zum Studieren blieb als es eigentlich notwendig gewesen wäre.

Mit meiner nächsten Frage erziele ich Gelächter bei ihr. Ob sie in den letzten Jahren mal irgendwann Urlaub gemacht hat. Urlaub?

Die Exkursionen, an denen sie während des Studiums teilnehmen musste – das war so etwas wie Urlaub.

Und sonst?

Anja hofft, dass nun nichts mehr schief läuft und sie im nächsten Jahr, nach dem Abschluss, eine gut bezahlte Arbeit bekommt. Wenn nicht, dann wird sie wohl wieder jobben, als Auffüllerin, an der Kasse im Supermarkt oder was sich sonst so ergibt.

Und wie sieht es mit dem Privatleben neben dem Studium und dem Jobben aus? Privatleben?



Liebe Leserinnen,
die neue ‚FRAU aktiv‘ ist wie immer auch in elektronischer Form als pdf erhältlich:
http://rhein-neckar.verdi.de/frauen/frau_aktiv

oder per E-Mail anzufordern bei:
angelika.paque@verdi.de sowie ellibrinkschulte@web.de

Wir möchten alles dazu beitragen, die Verbreitung von ‚Frau aktiv‘ zu fördern! Je mehr Menschen unsere Zeitung kennen und lesen, desto größer ist für uns der Ansporn, die Zeitung immer interessanter und informativer zu gestalten. Auch Leserinnenbriefe sind uns jederzeit willkommen.



DRAMA

IN 6 AKTEN

EINBLICKE IN FRAUENLEBEN

AM 11. APRIL 2013 UM 19 UHR

IM JUGENDKULTURZENTRUM FORUM

EINE VERANSTALTUNG VON VER.DI FRAUENRAT UND VER.DI RHEIN-NECKAR



MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG
DES JUGENDKULTURZENTRUMS FORUM
NECKARPROMENADE 46, 68167 MANNHEIM

DIE LINIE 4 HÄLT AN DER HALTESTELLE "SCHAFWEIDE", DIREKT VOR DEM FORUM

